

Erscheint  
an allen Werktagen.Bezugspreis  
monatlich M.

in der Geschäftsstelle 400.—

in den Ausgabestellen 425.—

durch Zeitungshändler 450.—

am Postamt . . . . 440.—

im Ausland 50 deutsche Mark.

Ansprecher: 4246, 2273,

3110. 3249.

Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsförderung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

# Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Anzeigenpreis:  
f. d. Grundschriftzeile im  
Anzeigenteil innerhalb  
Polens . . . . 80.—M.  
Reklameteil 240.—M.  
Für Anfragen aus  
Deutschland 6.00 M.  
im Reklameteil 18.—M.  
in deutscher Mark.

Telegrammadresse:  
Tageblatt Posen.

Postcheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen.

## Der Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich.

Wir leben augenblicklich wieder einmal in einer kritischen Zeit. Der starke Mann Poincaré droht dem wirtschaftlich mehr aus allen Fugen geratenen Deutschland, und war liegt es auf der Hand, daß er die Gelegenheit dazu ängst herbeigewünscht hat und den ersten besten Anlaß benutzt, im seinen kriegerischen Mut und seine gespannte Kampfbereitschaft zu entladen. Obgleich für den 7. August eine Beprechung mit Lloyd George vorgesehen war, welche das ganze Reparationsproblem regeln sollte, benutzt er die Frage der sogenannten Ausgleichszahlungen deutscher Privater, die in gleichmäßigen Monatsraten durch Vermittlung der deutschen Regierung an Frankreich geleistet wurden, im Deutschland die Zähne zu zeigen. Wenn Deutschland um in Moratorium nachgesucht hat, weil es nicht mehr imstande ist, die zur Bezahlung der Reparationen nötigen Auslandssevieren anzuschaffen, so ist es klar, daß dieselbe Schwierigkeit auch in Bezug auf die Ausgleichszahlungen vorliegen muß. Es ist also durchaus böser Wille Poincarés, jetzt unter heftigen Vorwürfen mit Zwangsmaßnahmen zu drohen.

In Berlin hatte am 2. August der Reichskanzler eine Beprechung mit sämtlichen Parteiführern (außer den Kommunisten). Die Parteiführer stimmten mit der Regierung darin völlig überein, daß die gespannte innere und auswärtige Lage die ruhige Entschlossenheit der Regierung und des ganzen Volkes erfordert.

Die Erfüllungspolitik scheint am Ende angelangt zu sein. Zum ersten Male seit dem Friedensschluß weist die Regierung im Einverständnis mit den Parteien eine Geldforderung seiner früheren Gegner zurück. Poincaré hatte dies jedenfalls nicht erwartet. Er hatte geglaubt, daß Deutschland sich bald beugen und Bezahlung der Augstrate, die übrigens erst am 15. August fällig ist, versprechen würde. Hoffentlich bleibt Deutschland fest, denn im gegenwärtigen Falle würde, wie der starke Fall der Mark anzeigen, die Erfüllungspolitik gleichbedeutend mit einer Katastrophenpolitik sein. Die bloße Zahlungsverweigerung jedoch bedeutet noch keineswegs eine Katastrophe.

Auch England geht aus seiner bisherigen vorsichtigen Reserve etwas heraus. Balfour hat sofort eine Note an Frankreich gerichtet, in der er ebenso, wie Wirth in seiner Antwortnote mahnend darauf hinweist, daß die Gewalt die gegenwärtigen Fragen nicht lösen kann. Er stellt in Aussicht, daß Großbritannien auf alle weiteren Ansprüche auf die deutschen Reparationsleistungen und ebenso die Rückzahlung der Schulden seiner Verbündeten verzichten würde — aber nur in dem Falle, daß ein solcher Verzicht den Teil eines allgemeinen Planes bilden, der sich mit dem großen Problem im Ganzen befasse und zu einer befriedigenden Lösung gelange. Aus einer gewaltigen Erzwingung der vertraglichen Verpflichtungen könne der Menschheit kein Gewinn erwachsen.

Die französischen Chauvinisten jedoch wissen auch hier geschickt die Sache so zu drehen, daß sie ihre Bajonette und Geschütze in Bewegung setzen können. Der berüchtigte Pertinax zieht daraus die Folgerung, daß Frankreich jetzt erst recht mit Gewalt die deutschen Schulden eintreiben müsse, denn es sei ja nach englischem Wunsche gezwungen, seine Schulden an England und Amerika zu verzinsen und zu amortisieren.

Während in den letzten Wochen die Aufmerksamkeit ebenso in Polen wie in Deutschland auf die innere Krise gerichtet und die Außenpolitik darüber stark zurückgetreten war, horcht jetzt alles auf bei dem Notenwechsel der drei Großmächte und schaut mit gespannter Aufmerksamkeit auf die Mienen der beteiligten Staatsmänner. Poincaré's Angesicht, seine ganze Haltung und Gesinnung ist ja bekannt. Solange er sich auf das Vertrauen der französischen Gesellschaft stützt, solange bleibt die höchste Sturmgefahr für Europa bestehen. Atemlos lauschen die Völker. Werden die Mahnungen Wirths und Balfours ein günstiges Echo bei dem ruhmvollen und hochbegabten französischen Volke finden oder wird Verblendung weiter Verstand und Willen der Politiker an der Seine umnebeln, wird der Machtrausch sie weiter zu ihrer wahnwitzigen drohenden Haltung und zu weiteren Gewaltmaßregeln anspießen.

Auch für den Fall, daß es sich nicht um militärische Maßnahmen handelt, sondern um wirtschaftliche Repressalien, wäre dies eine ganz ungeheuerliches Verfahren. Etwas Ähnliches bietet die Geschichte der neueren Zeit nicht. Man muß schon in das Gebiet der Dichtung gehen, um Vergleichbares zu finden. Shakespeares Shylock, der auf Grund einer Schuldverschreibung seinem lebenden Schuldner ein Pfund Fleisch herausschniden wollte oder der Schalksnecht des Evangeliums, der seinen Mitknecht würgte und sprach: Bezahlte, was Du mir schuldig bist! fallen als Beispiele ein. Frankreich lebt besser als alle übrigen Völker des europäischen Kontinents. Es liegt keine Notwendigkeit vor, die derartige brutale Schritte rechtfertigen würde.

Der Augenblick ist kritisch. Niemand weiß, was der nächste Tag bringen wird. Wir harren mit Anspannung aller Sinne der Dinge, die da kommen sollen.

## Die Programmrede Dr. Romaks.

Vertrauensvotum für die Regierung mit einer Stimmenmehrheit von 193 gegen 139 Stimmen.

Gestern hielt der neue Ministerpräsident Dr. Romak seine Antrittsrede, die von der Kammer mit ungewöhnlichem Interesse verfolgt wurde. Sie machte großen Eindruck besonders in den Momenten, wo Dr. Romak die finanzielle Seite und die Aufgaben der Auslandspolitik berührte. Die Erklärung des Ministerpräsidenten, daß die Regierung als unparlamentarische Regierung keine Parteipolitik treiben, sondern einzige und allein die staatlichen Notwendigkeiten im Auge haben werde, muß mit Nachdruck betont werden. Für uns Deutsche hat der Teil seiner Programmrede besondere Bedeutung, wo er, von den nationalen Minderheiten sprechend, sagte, daß jeder Bürger des polnischen Staates sich dann in nationaler und kultureller Hinsicht zu fühlen müsse. Es ist klar, daß die Programmrede des neuen Ministerpräsidenten der Rechten nicht gefallen konnte, welche die Existenz einer Regierung, deren Ziele nicht ihre Partizipanten sind, einfach nicht verstehen kann. So hat sich denn die Rechte durch den Abg. Glaubitsch gegen das Kabinett ausgesprochen. Der Sejm hat jedoch dem Lamentieren der Rechten nicht stattgegeben, sondern den Antrag des Abg. Fedorowicz dem neuen Kabinett ein Vertrauensvotum ausgesprochen, mit 193 gegen 139 Stimmen angenommen. Auf diese Weise ist die zweimonatige Regierungskrise gestern endgültig beendet worden. Im Folgenden geben wir den Wortlaut der Rede des neuen Ministerpräsidenten wieder:

Hoher Sejm! Ich habe die Ehre, die von mir gebildete Regierung vorzustellen. Jemand hat den Ausdruck geprägt, daß es unsere Aufgabe sei, den Staat in Ordnung zu halten (rzadzic pacifistwem). Das werden wir auch tun, indem wir uns dabei auf die geltenden Gesetze und Weisheiten des hohen Sejms stützen werden. Die kurzen Worte: "Regierung und Ordnung" (rzad i rzadzic) sind inhaltschwierig und enthalten alles das, was getan werden soll, um den Staat Stetigkeit, dauernde Macht und Ansehen sowohl im Innern, als auch nach außen zu gewährleisten, ihm Ruhe, Ordnung und Wohlstand zu sichern. Es wäre eitel, sich in Einzelheiten zu verlieren und vorgetragen ein Bild über die Taten zu geben, die gezeigt werden sollen, um so mehr, als die Kunst des Regierens gerade auf Taten und nicht auf Wörtern beruht. Es sind jedoch solche weittragenden Staatsaufgaben vorhanden, die eine so grundhafte Bedeutung haben, daß es Pflicht der sich dem hohen Sejm vorstellenden Regierung ist, ihre Stellungnahme gegenüber diesen Fragen zu präzisieren.

### Die Finanzfrage.

Eine dieser Fragen sind die Finanzen des Staates, die wie zu Zeiten der früheren Kabinette eine der Hauptorgane der Regierung sein werden. Notgedrungen muß ich mich darauf beschränken, die Hauptgrundsätze festzulegen, die die Leitlinien unserer Finanzpolitik sein werden. Die Staatsausgaben müssen durch die Vorräte an Mitteln, über die der Staat verfügt, geregelt werden. Somit handelt es sich um eine genaue Teilung in notwendige Aufgaben, deren Durchführung nicht ohne Schädigung der Staatsgrundsätze und der Grundlagen des Wirtschaftslebens unseres Landes selbst hinausgeschoben werden kann, und solche, die ohne Rücksicht auf ihren Wert und ihre Bedeutung werden warten müssen, bis die Reihe an sie kommt, bis zu dem Augenblick, wo die materiellen Vorräte des Staates und die Bedingungen des inneren und äußeren Krebts es gestatten werden, an ihre Verwirklichung heranzutreten. Die Staatsmaschine darf nicht einen Augenblick stillstehen. Deshalb müssen die Bemühungen der Regierung auch in der Richtung verlaufen, von den Bürgern alle Mittel zu erlangen, die notwendig sind, die Staatsnotwendigkeiten zu befriedigen. Dabei werden wir sorgfältig darauf zu achten haben, daß die Steuerschraube nicht die Arbeit selbst schädigt und ihre Ergebnisse ab schwächt.

### Die Wirtschaftspolitik.

Die Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens, die man auf gewissen Gebieten glänzend nennen kann, besteht wegen des überaus engen Kontaktes mit dem Staatschaz und der Notenpreise nicht vollkommen sichere Grundlagen. Unser Ziel wird es sein, für die Wirtschaft des Landes einen gesunden Kredit zu finden und auf diese Weise den Staatschaz von Aufgaben zu entlasten, die eigentlich nicht im Bereich seiner Tätigkeit liegen. Die Regierung legt sich voll und ganz Rechenschaft darüber ab, daß sie eine so umfassende Aufgabe im Laufe einiger Monate nicht durchführen kann. Sie will aber schon damit beginnen, neue Grundsätze für die Finanz- und Wirtschaftspolitik einzuführen, an die sich die Regierung in Zukunft wird halten müssen. Die fundamentale Bedingung der wirtschaftlichen Gefundung des Staates ist Sparsamkeit, und zwar weitgehendste, strenge und un Nachgiebigkeit Sparsamkeit, wie wir sie schon bei unseren Finanzministern, vor allen Dingen aber beim letzten, gesehen haben. Eine solche Sparsamkeit als dauerhafte und wertvolle administrative Errungenschaft des Staates werden wir sorgfältig über, wobei wir jedoch nicht vergessen werden, daß diese Sparsamkeit nicht, wie so oft, mechanisch angewandt werden und nicht dem Staate schaden darf, und daß es Sache der regierenden Faktoren ist, gewissenhaft zu erwägen, was staatliche Notwendigkeit und was vom staatlichen Gesichtspunkt aus überflüssig ist, was man sofort erledigen muß und was noch hinausgeschoben werden darf. Bauen wir den Staat von Grund auf. Dabei sind wir als ein einzelnes Geschlecht nicht in der Lage, alle Dinge zu schaffen. Deshalb müssen die Lasten der Fundamentierung des Staates auf die folgenden Geschlechter verteilt werden, die an den Kosten des Baues des Staatsgebäudes teilhaben müssen. Da wir eine Reihe von weittragenden Aufgaben nicht später hinausschieben dürfen, wie z. B. die Sorgen um die Hebung und Entwicklung unserer Kultur, die Sorgen um die Ausdehnung und Leistungsfähigkeit unseres Verkehrs usw., da wir die gesellschaftlichen und sozialen Reformen nicht vernachlässigen dürfen, weil die Vernachlässigung dieser Dinge gerade die wirtschaftliche Hebung des Staates unmöglich machen würde, so müssen wir eine solche finanzielle Grundlage für diese Angelegenheiten konstruieren, damit auch die kommenden Geschlechter daran Anteil nehmen, die daraus entstehenden Lasten zu tragen. In der Septemberession des hohen Sejm wird der Finanzminister ein eingehendes Programm vorlegen, das auf die oben erwähnten Grundsätze gestützt, große Opfer fordern wird, ohne welche die Gefundung unserer Finanzen undurchführbar ist.

### Die Steuerung.

Ich kann ein elementares drohendes Symptom unserer sozialen Lebens nicht mit Schweigen übergehen, und zwar die mit jedem Tage zunehmende Steuerung. Die bisherigen Bemühungen, sie zu bekämpfen, haben uns genügend davon überzeugt, daß die Steuerung nichts Abgetrenntes, kein selbständiges Problem, sondern nur eines der Symptome der Lage unserer Wirtschaft ist, und nicht für sich abgesondert behandelt werden darf, und nicht losgelöst von der Grundlage auf der sie sich entwickelt hat. Wir

legen uns von diesem Problem, das so tief in unser soziales Leben einschneidet, Rechenschaft ab und werden es nicht aus den Augen lassen.

### Die Auslandspolitik.

Eine ungewöhnlich wichtige Aufgabe der Regierung ist unsere Auslandspolitik, deren Grundlagen und Ziele im übrigen vollkommen klar und einfach sind. Demnach was wollen wir? Wir wollen in Frieden leben, wollen arbeiten, wollen für uns selbst und die anderen nützlich sein, aber wir wollen auch in den uns mit Recht zustehenden gegenwärtigen Grenzen leben und uns unter keinen Umständen schwämmen lassen. Um unsere soziale Existenz zu sichern, müssen wir selbst stark sein, und zwar in jeder Hinsicht, und müssen Freunde haben, auf die wir uns stützen können. Solche Freunde haben wir, und das Fundament unserer äußeren Politik ist unsere herzliche Freundschaft mit der großen französischen Nation, die in den engen Verträgen mit Frankreich dokumentiert ist. (Bravorufe.) Es ist dies unser Bündnis mit Rumänien. (Bravorufe.) Es ist dies auch die Verständigung mit den Balkanstaaten (Bravorufe), mit denen uns eine natürliche Gemeinsamkeit der Interessen verbindet. Dazu muß man die guten nachbarlichen Beziehungen zu der Tschechoslowakei und den dauernden Kontakt mit der kleinen Entente zufügen. (Zuruf: Mögen auch sie sich darum bemühen.) Wir sind auch der Überzeugung, daß alle Staaten, die am Weltkrieg teilgenommen haben, zusammen mit Frankreich wieder vereint haben und damit das Verbrechen seiner Teilungen aus der Welt geschafft haben, vor allen über Amerika, England, Japan und Staaten Polens gegenüber sehr freundlich gesinnt sind, und auch weiterhin die Bedürfnisse unseres Landes vertreten werden. Unser Ziel wird es sein, daß unsere Beziehungen mit diesen Staaten immer enger werden. Mit allen unseren Nachbarn wollen wir so gut wie möglich zusammenleben. Der bisherige Verlauf der kürzlich begonnenen Verhandlungen mit Deutschland gestaltet es, ein günstiges Ergebnis zu erwarten. Wir haben den Wunsch, daß unsere Beziehungen zu Russland und der Ukraine auf der Grundlage strikter Innehaltung des Friedensvertrages sich festigen und jeder Ausdruck friedlicher Bestrebungen von Seiten dieser Staaten von der polnischen Regierung wohlwollend aufgenommen wird. Wir wünschen mit einer Aufrichtigkeit, die keinem Zweifel unterliegt, den Frieden, wofür ein Beweis z. B. der Umstand ist, daß die angekündigte Demobilisierung des Lahnganges 1899 eben ihrem Ende entgegengeht. Und was mehr ist: Nicht nur, daß wir keine Kriegsschäden haben, sondern daß niemand mehr als Polen dazu berufen ist, an dem Werk des wirtschaftlichen Wiederaufbaus des Ostens teilzunehmen. In der Welt schwört noch immer, wenn auch nicht mehr so häufig, daß Märchen von der Aggressivität Polens. Ich bin der Meinung, daß es deshalb entstanden ist, weil das Polentum allzulange widerstandlos war und der Pole alle Gewalttaten ertragen mußte, wobei sogar ein Protest und Schmerzenschrei ihm als Verbrechen angerechnet wurden. Die Welt hat sich allzusehr an seine Wehrlosigkeit gewöhnt. Sie muß sich aber damit vertraut machen, daß wir frei und unabhängig sind, daß wir, indem wir die Freiheit anderer Nationen tief achten, jederzeit bereit sind, die erlangte Unabhängigkeit bis zum letzten zu verteidigen. (Bravorufe.)

Der hohe Sejm forderte am 26. Juli die Regierung auf, im verzöglichen und in jedem Fall vor Beendigung der Arbeiten des gegenwärtigen Sejm einen Gesetzentwurf über die Selbstverwaltung, bevor sie in den Województwa mit gemischter Bevölkerung vorzulegen. Dieser Beschlüsse betrifft in erster Linie das östliche Kleinpolen. Es wird dies eine sehr wichtige und erwünschte Einleitung zur Fassung der Lücke sein, die in unserm Staatsleben existiert, die in kürzester Zeit definitiv erledigt werden müßte. Die Wilnaer Frage haben endgültig die Wahlen zum Wilnaer Sejm entschieden. Es geht nur um Beendigung der hieraus sich ergebenden Konsequenzen; unser Verhältnis zu Litauen muß dagegen geduldig und verständig nicht minder mit strenger Befolgung der uns zustehenden Rechte behandelt werden.

**Der Vertrag mit dem Apostolischen Stuhl.**  
Die Festigung der Verhältnisse im Staate anstrebt, wird die Regierung Anstrengungen unternehmen, daß der Vertrag mit dem Apostolischen Stuhl dem Art. 114 der Verfassung vorgelesen ist, und der das Verhältnis des Staates zur Kirche regelt, in kürzester Zeit zustande kommt und dem Hohen Sejm zur Ratifizierung vorgelegt wird.

**Die Rechte der nationalen Minderheiten.**  
In unserer Verfassung sind allen nationalen Minderheiten die ihnen zustehenden Rechte gesichert, und infofern wir sie fest und un Nachgiebigkeit befolgen werden, damit der polnische Bürger ohne Vorbehalt auf dem Boden der polnischen Staatlichkeit steht, ist es andererseits unser Grundfaß, daß jeder Bürger des polnischen Staates sich in ihm national und kulturell zu Hause fühlen soll. Unsere Verfassung dagegen sichert unseren nationalen Minderheiten diese Möglichkeit.

### Die Verwaltung des Staates.

Eine der wichtigsten Sorgen dieser Regierung ist die Verbesserung der staatlichen Verwaltung. Sie hat bei uns sehr viele Mängel. Wo und wann in der Welt wurde in so kurzer Zeit eine moderne komplizierte Verfassung eines beinahe 30 Millionen umfassenden Staates geschaffen, und zwar unter solchen Verhältnissen und auf Gebieten, die der Krieg vernichtete? Wir haben kein Beispiel in der Geschichte dafür und deshalb auch keine Ursache zum Pessimismus bezüglich unserer Verwaltung. Die Regierung tut alles, was zu ihrer schnellen Verbesserung, besonders in den Grenzgebieten, nötig ist und verliert nicht das Vertrauen, daß sie sich zu einer guten Verwaltungsinstitution ausgestalten wird. Wenn ich von der Verwaltung spreche, so muß ich an jene denken, deren Tätigkeit hierüber entscheidet.

**Die materielle Lage der Beamten.**  
Die Regierung, welche von den Beamten fordert, daß sie alle ihre Kräfte dem Staate zur Verfügung stellen, wendet ihre sorgfältigste Aufmerksamkeit auf die materielle Lage der Beamten und behält zugleich die Finanzlage des Staates im Auge. Die herboragende Aufgabe des Justizwesens voll einschlägig, wird die Regierung sich in gleicher Maße mit der Lage der Richter befassen.

**Die Vereinheitlichung des Gerichtswesens.**  
Wenn ich schon vom Gerichtswesen spreche, so lenke ich die Aufmerksamkeit auf das Bestreben der Regierung zur Uniformierung des Justizwesens, zur Beseitigung von Überbleibseln von Gesetzen, die mit den Bedürfnissen des polnischen

Lebens nicht im Einklang stehen, zur Erleichterung und Beschleunigung der Strafausmessung durch Erhöhung der Kompetenzen der Friedensgerichte.

#### Die Durchführung der Wahlen.

Schließlich ist es unsere größte Sorge und wichtigste Aufgabe, die Durchführung der Wahlen zum fünfjährigen Sejm zu dem vom Sejm im Herbst beschlossenen Termine vorzubereiten. Es wird dies unsere Hauptaufgabe sein. Die Regierung wird die Wahlen einzeln und allein unter dem Gesichtspunkt des Staatswohls unparteiisch und mit bis ins kleinste gehender politischer Unparteilichkeit durchführen. (Bravo-Rufe. Abg. Roffet: Was bedeutet der rechte Auspruch?) Wir werden jedem Bürger die Freiheit der Meinungsäußerung sichern und werden jeden Übergriff unterdrücken, von wo er auch komme. Wir stehen einem Sejm gegenüber, der sich in politische Parteien spaltet, von denen jede auf ihre Weise bestrebt ist, ihre Ideale zum Wohle des Vaterlandes zu erfüllen. Ein Volk oder ein Staat, der nur eine politische Partei hätte, würde sehr schnell in Marasmus verfallen, und das Bestehen verschiedener politischer Richtungen ist unzweifelhaft eine der verschiedenen Lebenserscheinungen und eine, wenn ich mich so ausdrücken darf, staatliche Notwendigkeit. Was aber für den Staat weniger notwendig ist, das ist die unnötige Verplätzung der politischen Ideen auf eine allzu große Menge von Parteien.

#### Die Politik der Regierung.

Was die Regierung betrifft, so kann der hohe Sejm versichert sein, daß wir keine Parteipolitik treiben werden, daß wir aber jeder der Parteien für Anregungen dankbar sein werden, die dem Staat zum Vorteil gereichen. Wir sind eine außerparlamentarische Regierung und sind uns darüber klar, daß wir keine größere Unterstützung und nicht die Unterstützung haben können, wie sie parlamentarischen Regierungen zufällt. Weil jedoch eine parlamentarische Regierung gegenwärtig nicht zustande kommen könnte, der Staat aber ohne Regierung nicht bestehen kann, mußte die drohende Lücke durch eine außerparlamentarische Regierung zur Erledigung der staatlichen Notwendigkeiten ausgefüllt werden. Als eine solche Regierung haben wir das Recht, uns an den hohen Sejm mit der Bitte zu wenden, uns die Unterstützung zu gewähren (Stimme auf der Rechten: Ohne Radziwitski), die zur Durchführung, wenn auch nur der notwendigsten staatlichen Maßnahmen, unumgänglich notwendig ist.

#### Schluss der Rede.

In meiner Rede berührte ich viele Aufgaben von besonderer Bedeutung nicht, aber ich tat dieses mit Bewußtsein, da ich in meinem heutigen Exposé vor allen Dingen jene Angelegenheiten betonen wollte, mit denen sich in erster Linie die Regierung befassen muß. Im übrigen wird die Regierung sich später mit ihnen im Einvernehmen mit den bindenden Gesetzen und Beschlüssen des hohen Sejms befassen. Nach den Wahlen, wenn sich der neue Sejm versammeln wird, werden Sie, meine Herren, als verjüngte Abgeordnete (Heiterkeit) die Anschauungen der Regierung über alle Fragen hören, die das gesamte Staatsleben betreffen. Die gegenwärtige Regierung wird sich auf die genannten grundsätzlichen Leitaufgaben beschränken und legt sie dem hohen Sejm vor. (Bravorufe.)

### Eine 50 Millionen Dollaranleihe für Polen.

Warschau, 4. August. Der Abg. Dr. Radziwitski, der vom Finanzministerium aus in Paris um eine amerikanische Anleihe nachsuchte, erhielt vorgestern aus New York ein Schreiben von Pease, dem ehemaligen Mitglied der amerikanischen Finanzkommission im Versailler Friedenskongress, welches die Nachricht bringt, daß Polen die geforderte Anleihe von 50 Millionen Dollar auf Grund des Vertrages, der am 14. Mai d. J. in Paris zwischen dem Dr. Radziwitski und dem amerikanischen Bevollmächtigten Olsen geschlossen wurde, erhalten könne. Zu diesem Zweck wurden nach Europa zwei Delegierte des amerikanischen Konsortiums, und zwar die Herren Curtis und Beer, gesandt. Herr Radziwitski teilte sofort den Inhalt dieses Schreibens dem Finanzminister Jaguszewski mit.

### Die Vorbereitung der Wahlen.

#### Wojewoden- und Starostenversammlungen über die Technik der Wahlen.

Am 31. Juli fand unter Voritz des Ministers Kamieński eine Konferenz der Departementsdirektoren des Inneministeriums über die technische Seite der Wahlaktion statt. Es wurde bestimmt, am 8. August eine Wojewodenversammlung in Künft abzuhalten. Ferner wurden die Wojewoden erucht, in jeder Wojewodschaft eine Zusammenkunft der Starosten zwischen dem 10. und 15. August einzuberufen. Auch wurde die Verteilung der Wahlbezirke angeordnet.

#### Das Dekret über die Ausschreibung der Wahlen.

Aus gut unterrichteten Kreisen erfährt der „Kurier“ die Nachricht, daß das Dekret des Staatspräsidenten über die Ausschreibung der Wahlen zu den gesetzgebenden Körpern höchstwahrscheinlich am 18. d. Mts. veröffentlicht werden

### Die Erben von Senftenberg.

Kriminal-Roman von Erich Ebenstein.

Amerikanisches Copyright 1918 by Greiner u. Co. Berlin W. 30.  
(60. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

Als Monat um Monat verging, ohne daß jemand danach gefragt hätte, machte sie doch die Anzeige bei der Polizei. Man suchte nach „Flora Miller“, erließ zweimal Aufrufe in den Zeitungen und meinte dann, da auch in Hamburg nichts von einer „Flora Miller“ bekannt war, das Kind sei wohl einfach in Sich gelassen worden und müsse nun eben ins Waisenhaus, falls Frau Eisler es nicht aus Barmherzigkeit behalten wollte.

Die Eisler behielt das Kind, sie hatte es lieb gewonnen, und es sollte gar nie erfahren, daß sie nicht seine wirkliche Mutter sei.

Als ihr Mann ein paar Jahre später starb, übersiedelte sie nach Graz, wo sie in Mutter Rabl ihre einzige noch lebende Verwandte besaß.

Bis dahin war Anna Bardolf, die längst einen anderen Posten gefunden hatte, öfter zu ihr gekommen. Nachher hörte der Verkehr auf. Bis die Bardolf wieder eines Tages einen Brief der Eisler bekam, worin diese sie bat, ihr als einzige Zeugin der Art und Weise, wie Felix Miller in ihre Obhut gekommen war, die einzelnen Umstände schriftlich zu bestätigen.

Ihre Verwandte, Mutter Rabl, die das Kind gleichfalls sehr lieb gewonnen hatte, sei nämlich der Meinung, es könnten vielleicht doch noch Verwandte des Kindes existieren, und man könne nicht ermessen, welcher Schaden dem kleinen Felix zugefügt worden sei, indem man ihn so völlig über seine Familie im Dunkeln ließe. Zwei arme, einfache Frauen wie sie, könnten freilich nichts ausrichten, und die Polizei wollten sie keinesfalls in Anspruch nehmen, denn wenn nichts herauskäme, würde dem Kind nur unnötig eine Enttäuschung bereitet. Aber später, wenn er erwachsen sei, und

wird. Die Verzögerung wird damit begründet, daß das Dekret nicht vor der Veröffentlichung des Gesetzes über die Wahlordnung im Dziennik Ustaw veröffentlicht werden kann. Augenblicklich ist die Sejmzanzeige intensiv damit beschäftigt, den endgültigen Text des Gesetzes festzulegen, an dem im Laufe der Sejmberatungen zahlreiche Änderungen vorgenommen wurden.

### Aus Polen.

#### Verhaftung von Bolschewisten.

Warschau, 8. August. Am Dienstag sollen auf dem Ostbahnhof einige Bolschewisten verhaftet werden sein, die nach Polen gekommen sind, um hier Propaganda zu treiben.

#### Kongress der Polen Lettlands.

Riga, 2. August. Am 6. August findet in Dünaburg ein allgemeiner Polenkongress statt, um dem Polenbunde in Lettland den Namen „Polenverband in Lettland“ zu geben. Der neu gewählte Vorstand wird polnische Kandidaturen zum lettischen Sejm aufstellen. Es wird die Möglichkeit der Wahl von drei Polen erwogen.

#### Italienischer Besuch in Warschau.

Im Laufe dieses Monats wird auf Einladung der Christlich-Demokraten der Generalsekretär der italienischen Popolare in Warschau eintreffen und eine Reihe von Vorlesungen über politisch-soziale Thematik halten.

#### Wojewodenwechsel in Lemberg?

Das hiesige zionistische Blatt „Chwila“ meldet, daß der Wojewode Grabiski die Amtsstelle hat, den Posten als Wojewode von Lemberg aufzugeben und nach dem Verwaltungsgerichtshof in Warschau überzufallen. Seinen Posten soll der frühere Hofrat Schultz einnehmen. Daselbe Blatt meldet ferner, daß der frühere Ministerpräsident Sliwiński ebenfalls Kandidat auf den Posten des Lemberger Wojewoden sein soll.

#### Militärinspektion durch General Sikorski.

Warschau, 2. August. Am 1. d. M. hat General Sikorski, der Chef des Generalstabs, eine Inspektion der Abteilungen in den Westgebieten durchgeführt.

### Aus Oberschlesien.

#### Der Postverkehr mit Oberschlesien.

Nachdem die Postanstalten im polnischen Abstimmungsgebiet Oberschlesiens an die polnische Postverwaltung übergeben worden sind, gelten für den Post-, Telegrafen- und Fernsprechverkehr mit diesem Gebiet die Bestimmungen des Genfer Abkommens. Dieses unterscheidet zwischen dem Verkehr innerhalb des bisherigen Abstimmungsgebietes und dem Verkehr zwischen dem übrigen Deutschland und Polnisch-Oberschlesien. Im Verkehr zwischen Deutsch- und Polnisch-Oberschlesien wird der Postverkehr nach den bisherigen innerdeutschen Vorschriften fortgeführt. Im Telegrammverkehr beträgt die Wortgebühr 2,10 M., im Fernsprechverkehr gelten die innerdeutschen Gebühren. Der Verkehr zwischen dem übrigen Deutschland und Polnisch-Oberschlesien gilt grundsätzlich als Auslandserkehr, doch werden alle bisherigen Dienstzwecke aufrechterhalten. Nur Postprotestaufräge, Briefe mit Zustellungsurlunde und Pakete sind bis auf weiteres nicht zugelassen. Die Wortgebühr eines Telegramms beträgt 12,60 M. Im Fernsprechverkehr bleiben die Sätze des innerdeutschen Verkehrs in Kraft.

#### Die wirtschaftliche Krise.

Kattowitz, 3. August. Die „Gazeta Robotnicza“ beweist in einem ausführlichen Artikel, daß die wichtigste Angelegenheit gegenwärtig die Verpleitung der Arbeitsmässen sei. Jetzt herrscht hier eine große Teuerung und Mangel an Artikeln ersten Bedarfs. Infolge des Warenmangels beabsichtigen die Grubenbesitzer die Zahl der Arbeitsstunden herabzusetzen. Die Arbeiter verschiedener Parteien fordern die Wojewodschaften auf, die Verpflegung sicherzustellen und Kartoffelvorräte anzuhäufen. Außerdem fordern sie die Durchführung von Betriebsratswahlen auf solche Weise, daß die Gewählten das Recht haben sollen, dem Aufsichtsrat anzugehören.

### Aus Italien.

#### Kundgebung de Factas.

Rom, 8. August. Ministerpräsident de Facta gab folgende Erklärung ab: Die Leitung der Regierung ist mir zum zweiten Male übertragen worden in einem Augenblick, in welchem mehr als jemals der Staat die Einigkeit aller derjenigen braucht, die aufrichtig dem Vaterland dienen wollen. Die Grünen, welche den inneren Frieden stören, gleichgültig von welcher Partei sie ausgehen mögen, schaden dem Wohl des Volkes. Der Staat muß Vertrauen haben zu den Arbeiten und der Verantwortlichkeit der Regierung, welche sich nach der Gerechtigkeit richten muß, die gleich ist für alle.

eine sichere Lebensstellung einzunehmen, dann wollten sie ihm alles sagen, und er könne dann selbst Nachforschungen anstellen.

Sie wollten bis dahin sparen, so viel es ginge, damit er die nötigen Mittel dazu in der Hand habe. Sie — die Eisler — habe zu diesem Behuf alles, was sie über Flora Miller und deren Kind wisse, bereits zu Papier gebracht. Aber es wäre gut, wenn sie in Frau Bardolfs Aussage eine schriftliche Bestätigung beifügen könne. Dies und das Geld, das Mutter Rabl später beisteuern wollte, würden dann Felix wohl in den Stand setzen, seine Herkunft zu ermitteln.

Anna Bardolf schickte umgehend eine genaue Darstellung der ihr bekannten Tatsachen. Bald danach heiratete sie und hörte nie mehr etwas von Frau Eisler.

Wußte Trine Nowak denn nicht durch die Hublak später von diesem Vorhaben der Eisler? Sie hätte ihr doch zu Hilfe kommen können!

„Die Hublak hat nie zu ihr darüber gesprochen. Vielleicht weil sie dachte, Trine wisse ja sicher mehr als sie selbst, sonst hätte sie es ihr wohl erzählt, vielleicht weil ihr ganzer Verkehr in Dauba sich auf zufällige flüchtige Begegnungen beschränkte.“

Der Untersuchungsrichter war aufgestanden und ging in Nachdenken versunken, auf und ab.

#### XXVII.

„Wo ist das seinerzeit ausgestellte Zeugnis der Bardolfs? Hublak und wo sind die Briefe der „Flora Miller“ hingekommen?“ fragte endlich der Untersuchungsrichter Hempel. „Glaubst Du, daß es dies war, wonach der Mörder bei der Rabl suchte?“

„Sicherlich. Daran kann nicht der leiseste Zweifel bestehen. Er kam hierher, um zu erforschen, ob Eisler etwas von seiner Herkunft wisse und wohin die beiden Briefe seiner Mutter gekommen. Erst versuchte er den sichersten Weg: er wollte Eisler überhaupt aus der Welt schaffen. Als dies

### Eine englische Aktion zur Rettung der europäischen Lage.

#### Aus dem Wortlaut der englischen Note an die übrigen Alliierten.

Amsterdam, 2. August. Aus London wird gemeldet: Eine äußerst bedeutungsvolle Wendung der englischen Politik bedeutet die den Regierungen der verbündeten Länder übermittelte Note der englischen Regierung. In dieser Note wird ausgeführt, daß die englische Regierung im Innersten überzeugt sei von dem wirtschaftlichen Unrecht, das der Welt durch den gegenwärtigen Stand der Dinge zugefügt wird.

Großbritannien würde sich zum Aufschluß aller weiteren Ansprüche auf die deutlichen Reparationsleistungen und aller Forderungen auf Rückzahlung der Schulden seiner Verbündeten verstehen, falls ein solcher Verzicht den Teil eines allgemeinen Planes bilde, der sich mit dem großen Problem im ganzen befaßt und zu einer befriedigenden Lösung gelange. Nach Meinung der britischen Regierung wäre eine allgemeine Regelung von größerem Wert für die Menschheit als irgend welche Gewinne, die ihr aus einer erfolgreichen Erwirkung vertraglicher Verpflichtungen erwachsen könnten.

Die Note, die das Datum des 1. August trägt und von Lord Balfour, dem gegenwärtigen Außenminister, unterzeichnet ist, wurde den Regierungen Frankreichs, Italiens, Serbiens, Rumäniens, Portugals und Griechenlands übermittelt.

#### Die Bedeutung der Note Balfours.

Berlin, 3. August. Der Berliner „Tag“ schreibt über diese Note: Die Note Balfours ist eine politische Tat von großer Tragweite. Da man sowohl in London als auch in Washington über den wahren Charakter der französischen Politik wohl nicht mehr im Zweifel war, hielt man den Augenblick für gekommen, einen Gegenstand zu führen. Es außerordentlich geschickter Form verknüpft die britische Regierung die allgemeine Verschuldung der alliierten Staaten und Nordamerikas mit der Frage der deutschen Reparationen. Für uns ist der lezte Absatz natürlich der bedeutungsvollste, weil er eine unmittelbare Entgegnung auf die französischen Gewaltforderungen darstellt. Wir können also damit rechnen, daß die britische Regierung uns wenigstens diplomatisch unterstützt, wenn wir ein Eingehen auf die französischen Forderungen ablehnen und dadurch womöglich französischer Gewaltanwendung ausgesetzt werden. Etwas anderes ist es jedoch, ob England so weit gehen wird, aus einem diplomatischen Manöver eine tatsächliche Unterstützung mit den Machtmitteln des britischen Reiches zu machen.

Dass die Auflösung der Verschuldungsfrage im gegenwärtigen Augenblick auch ihre Schattenseiten hat, zeigt die schlagartige Antwort der französischen Presse. Chauvinisten wie Pétain ziehen selbstverständlich nur die Folgerung daraus, daß die Entreibung deutscher Schulden mit Gewalt für Frankreich nun noch viel wichtiger sei als vorher, da es ja nach englischem Wunsche gezwungen werde, seine Schulden an England und Amerika zu verzinsen und zu amortisieren. Trotzdem dies ein Trugschluß ist, aus dem einfachen Grunde, weil sich auch mit Bajonetten aus Deutschland nichts herauspressen läßt, was nicht vorhanden ist, wird in den Kreisen des Nationalen Blocks wenig verfangen, und von ihm wird nun einmal die französische Politik gemacht.

### Deutschlands Bankerott.

#### Deutschlands Verhalten gegenüber der Note Poincarés.

Berlin, 3. August. Nachdem um 1 Uhr eine Chefbesprechung stattgefunden hatte, um zu der brutalen Note Poincarés Stellung zu nehmen, trat später auch das Kabinett zusammen mit dem gleichen Thema. Über die Maßnahmen, die Poincaré bei ablehnender Haltung Deutschlands in Aussicht genommen haben soll und die nach Pariser Blättermeldungen nicht militärischer, sondern wirtschaftlicher und finanzieller Art sein sollen, ist dem Kabinett noch nichts bekannt.

Wie uns von zuständiger Seite erklärt wird, ist die Haltung der Regierung nach wie vor unverändert. Einige Hoffnung schöpft man in Regierungskreisen aus der Nachricht, nach der England sich unter Umständen zur Aufgabe aller weiteren Ansprüche auf die deutlichen Reparationsleistungen und auf alle Forderungen auf Rückzahlung der Schulden seiner Verbündeten verstehen würde, falls ein solcher Verzicht den Teil eines allgemeinen Planes bilde, der sich mit dem großen Problem im ganzen befaßt und zu einer befriedigenden Lösung gelange. Dass in England schon seit langem sich Bestrebungen in dieser Richtung durchzusetzen versuchen, ist dem Auswärtigen Amt nichts Neues. Bisher jedoch ohne erkennbaren Erfolg. Man ist deshalb auch in Regierungskreisen der Meinung, daß man aus der englischen Note noch keine großen Hoffnungen schöpfen könne. Doch glaubt man, sich der Tatsache nicht verschließen zu dürfen, daß in diesem Fall eine Verständigung zwischen den beiden angelfäischen Weltmächten erfolgt sei. Die Stimmung in diesen zuständigen Kreisen ist die, daß das Deutsche Reich heute keine Stimme mehr in dem Chor der Großmächte habe und zur passiven Rolle verurteilt sei.

„Ja. Sie sagte, daß sie ihn an seinem Geburtstage in Buchwald besuchen und überraschende Mitteilungen machen wollte.“

„Sie enthielten ahnungslos ihr eigenes Todesurteil.“

„Silas! Diese Worte konnte nur ein einziger Mensch gehört haben.“

„Ganz richtig. Der als Dr. Richter im Erdgeschoss wohnende Mieter. Er ist der Mörder! Während die Rabl ihrem Patentkind noch bis ans Gartentor das Geleit gab, schlich er hinauf in ihre Wohnung und erschlug sie in dem Moment, als sie wieder eintrat.“

„Schrecklich! Und wir hatten diesen Menschen in Händen und ließen ihn laufen!“

„Tröste Dich. Ich hatte ihn seitdem ein paarmal in Händen und mußte ihn auch laufen lassen.“

„Du? Dr. Wasmuth strich sich verwirrt über die Stirn. „Nachher? Hat mir nicht Kommissar Erkinger kurzlich einmal von einem Toten am Praterstiel erzählt, der — —“

„Es war nicht Dr. Richter. Er sollte nur von der Spur ablenken. Uebrigens war Dr. Richter auch an diesem Mord beteiligt. Ausgeführt hat ihn sein böser Genius, der den ganzen Plan offenbar erdacht und seinerzeit hier als Arthur Winterfeld aus Berlin austrat.“

„Der Alte mit dem grauen Bart?“

„Ja. Der die Rablsche Wohnung zwei Nächte lang durchsuchte und die Papiere wahrscheinlich auch glücklich gefunden hat.“

„Wo ist er?“

„Wenn ich das wüßte! Es ist das einzige, was mir nicht gelungen ist, festzustellen. Der Mensch ist wie spurlos vom Erdboden verschwunden.“

&lt;p

Es handelt sich hier, wie von amtlicher Stelle erklärt wird, um eine interne Angelegenheit der Alliierten. Deutschland muss daher abwarten, was die Gegenseite beschließt und bestimmt. Für die deutsche Regierung ist ausschlaggebend, daß der katastrophale Sturz der Mark andauert, und daß sie daher keine Möglichkeiten hat, sie zu bezahlen.

### Die Londoner Konferenz.

London, 2. August. Auf seiner Reise nach London wird Poincaré vom französischen Finanzminister und zwei Mitarbeitern begleitet werden. Im Namen Italiens werden der italienische Gesandte in London, de Martino, und Giullini fungieren. Die Konferenz zwischen Poincaré und Lloyd George soll nicht länger als zwei bis drei Tage dauern. Poincaré hat am Dienstag die englische Regierung davon in Kenntnis gesetzt, daß er sich mit dem 7. August als Termin für die Konferenz über die Reparationsfrage einverstanden erklärt.

### Feste Haltung Bulgariens in der Reparationsfrage.

Sofia, 2. August. Die Entschädigungscommission hat in der bulgarischen Presse ein Kommunikat veröffentlicht, in dem betont wird, daß die Note der Commission, die am 2. Juli eingehandelt werden ist, nicht als Ultimatum zu betrachten sei. Die Commission hatte Bulgarien teilweise Zahlungsaufschub unter der Bedingung gewährt, daß die bulgarische Nationalversammlung vor dem 20. Juli die bekannte Konvention annimmt, die jedoch von der bulgarischen Regierung abgelehnt worden ist. Die Commission gibt die Ablehnung Bulgariens zur Kenntnis und wünscht, daß Bulgarien seine Gegenvorschläge macht. Die bulgarische öffentliche Meinung sieht in der Haltung der Commission einen Anschlag auf die souveränen Rechte Bulgariens. Die Commission erklärt, daß der von der Gesamtsumme der Einkünfte Bulgariens für die Abzahlung der Entschädigungen bestimmte Teil nach dem Grundsatz größter Ermäßigung festgesetzt wird. Die Commission erklärt ferner, daß die Verhandlungen zwischen ihr und der bulgarischen Regierung keineswegs abgebrochen sind.

### Griechenland.

#### Die Alliierten verbieten den Marsch auf Konstantinopel.

London, 1. August. In der Antwort auf die griechische Note, die die Forderung enthält, Griechenland zum Marsch auf Konstantinopel zu ermächtigen, haben die Alliierten die griechische Regierung davon in Kenntnis gesetzt, daß alle Bemühungen, diese Stadt mit bewaffneter Hand in Besitz zu nehmen, als feindlicher Akt gegen die Alliierten angesehen werden. In dieser Angelegenheit ist zwischen den alliierten Regierungen ein Notenwechsel erfolgt. Die Regierungen haben sich über die Haltung gegenüber der Drohung König Konstantins verständigt.

#### Misstrauen der Alliierten.

Paris, 2. August. Es verlautet, daß in politischen Kreisen Beunruhigung herrscht über die Vorfälle im Osten. Die Proklamation der Autonomie von Smyrna und weitere Konzentration von griechischen Streitkräften an der Tschataldalschalinie weist darauf hin, daß Griechenland nicht daran denkt, auf die Besetzung von Konstantinopel zu verzichten. Sämtliche Koalitionsmächte haben an Griechenland ein Ultimatum gesetzt, in dem sie fordern, daß Griechenland auf seine bisherige Politik in Kleinasien verzichten und seine Streitkräfte in Thrakien zur Normalhöhe herabsetzen soll. Falls dieses Ultimatum abgelehnt werden soll, werden die griechischen Häfen blockiert.

#### Weitere kriegerische Maßnahmen der Griechen.

Berlin, 2. August. Aus türkischer Quelle wird gemeldet, daß die Griechen weiterhin Truppen in Thrakien und an der Tschataldalschalinie konzentrieren, wo sich schon 10 000 Griechen befinden. Zwei griechische Torpedobootsmit Spitalschiffen sind aus dem Bosporus nach dem Schwarzen Meer ausgelaufen.

#### Schiedsspruch der Alliierten?

Berlin, 2. August. In athénischen politischen Kreisen wird mit der Möglichkeit eines Waffenkonflikts zwischen den Griechen und den Alliierten nicht gerechnet. Dort herrscht die Meinung vor, daß die Liquidierung des griechisch-türkischen Konflikts durch einen Schiedsspruch der Alliierten erfolgen wird, auf Grund dessen die Nationalbestrebungen Griechenlands in Kleinasien anerkannt werden.

#### Härrigkeit der Griechen.

Berlin, 3. August. Gestern ist Griechenland die Antwort der Koalition überreicht worden, in der erklärt wird, daß jeder Versuch Griechenlands, Konstantinopel zu besetzen, mit Gewalt abgewehrt werden wird. Das griechische Kabinett hat beschlossen, eine neue Note an die Alliierten abzufügen, die nochmals die unabdingbare Notwendigkeit der Besetzung Konstantinopels betonen soll. Trotz energischer Bemühungen der Alliierten herrscht in Konstantinopel Aufregung, und die Bevölkerung verläßt die bedrohten Gebiete. Von der Tschataldalschalinie wird von täglichlichen Gefechten zwischen türkischen Gendarmen und griechischen Vorposten berichtet.

### Sowjetrussland.

#### Neues Schandurteil der Bolschewisten.

Moskau, 2. August. Der Prozeß gegen die Mitglieder der eständischen Optionskommission ist beendet worden. 13 sind zum Tode und 20 zu Gefängnisstrafe verurteilt worden. 13 sind freigelassen worden.

#### Die Messe von Nischni-Novgorod erneuert.

Lemberg, 2. August. Die "Gazeta Poranna" meldet, daß sich die Sowjets entschlossen haben, die in ganz Europa bekannten Messen in Nischni-Novgorod wieder aufzunehmen. Die Messe soll vom 31. August bis zum 15. September dauern. Die Sowjets haben für die Zeit der Messe eine Flugzeugverbindung zwischen Moskau und Nischni-Novgorod eingerichtet.

#### Kommunistische Presseschule.

Moskau, 2. August. Hier wird eine kommunistische Presseschule gebildet. Es wird eine Schule sein, die bolschewistische Journalisten herabstufen. Der volle Lehrkurs soll drei Jahre dauern. Die Vorlesungen beginnen am 15. September.

#### Freizügigkeit der Kommunisten aufgehoben.

Riga, 1. August. Das Exekutiv-Komitee der kommunistischen Partei Russlands hat den Parteimitgliedern verboten, ohne Genehmigung des Vorsitzenden des örtlichen Parteikomitees ihren Wohnsitz zu verlassen. Alle Auslands- und Urlaubsreisen sind verboten. Diese Verfügung wird mit der schweren Übergangszeit und der Notwendigkeit begründet. Personen zur Verfügung zu haben, die der Sowjetregierung ergeben sind. Diese führt in Anbetracht der ziemlichen Gärung in allen Schichten der Bevölkerung, daß es zu verschiedenen offenen Aktionen kommen könnte, wie dies im Juni und Juli in der Provinz er Fall war.

#### Der Voretat der Sowjets.

Moskau, 1. August. Nach den Angaben des Haushaltsvoranschlages der Sowjetregierung sind die Einnahmen mit 860 Trillionen 200 Milliarden Sowjetrubel, die Ausgaben mit 760 Trillionen 449 Milliarden 670 Millionen Sowjetrubel vorgesehen. Der Haushaltsvoranschlag für Militär und Marine beträgt gegen 74 Trillionen 752 Milliarden 738 Millionen.

### Die Wahlordnung zum Sejm und Senat.

In den Vollsitzen am 27. und 28. Juli hat der Gesetzgebende Sejm in dritter Lesung das Gesetz über die Wahlordnung endgültig angenommen.

#### Die Sejm-Wahlordnung.

Die grundsätzlichen Bestimmungen der Sejm-Wahlordnung, auf die sich im Prinzip die Senats-Wahlordnung stützt, sind:

#### Aktives Wahlrecht.

Das Recht der Wahl von Sejmabgeordneten steht im Sinne des Art. 1 jedem polnischen Staatsbürgern ohne Unterschied des Geschlechts zu, der am Tage der Veröffentlichung der Wahlen sein 21. Lebensjahr beendet hat. Ausgenommen sind aktive Militärsoldaten. Das Wahlrecht steht jedem Bürger nur persönlich zu. Von ihm kann ausschließlich in dem Wahlbezirk Gebrauch gemacht werden, in dem der Wähler am Tage der Veröffentlichung der Wahlen im "Dziennik Ustaw" schon einen Tag gewohnt hat. Nicht wahlberechtigt sind: die Unmündigen, die banferoten Schulden, diejenigen, die entmündigt sind, die vor Gericht Verurteilten überhaupt und diejenigen, die für Vergehen verurteilt sind, die im Art. 3 des Gesetzes erschöpfend aufgeführt sind.

#### Passives Wahlrecht.

Das Recht, in den Sejm gewählt werden zu können, steht unabhängig vom Wohnort allen Staatsbürgern zu, die bis zum Tage der Bekanntmachung der Wahlen ihr 25. Lebensjahr vollendet haben. Staatsbeamte und Richter können in denjenigen Bezirken, in denen sie Dienst tun, nicht gewählt werden. Das betrifft jedoch nicht die Beamten, die bei Centralbehörden Dienst tun. Die Zahl der Abgeordneten und die Wahlbezirke.

Im ganzen Gebiete des Staates werden 444 Sejmabgeordnete gewählt. Wenn man als Bevölkerungssäiffer der Republik Polen nach der letzten Volkszählung die Zahl 29 911 027 nimmt, in der Oberschlesien und das Wilnaer Gebiet mit einbezogen sind, dann kommt auf ungefähr 60 000 Einwohner je 1 Abgeordneter. 372 Abgeordnete werden direkt aus den Listen gewählt, die in den Wahlbezirken aufgestellt werden; die übrigen 72 entfallen auf die Staatslisten, d. h. auf die Listen, die das ganze Staatsgebiet umfassen. Zwecks Durchführung der Wahlen wird der Staat in 64 Wahlbezirke eingeteilt. Auf jeden Bezirk, der zwecks technischer Durchführung der Abstimmung in Abstimmungsbzirke geteilt ist, kommen 3—10 Abgeordnete, auf die Stadt Warschau als Sonderbezirk 13 Abgeordnete.

#### Die Wahlauschüsse.

Zur Durchführung der Wahlen werden eingesetzt:

1. Der Staats-Wahlauschluß, der sich aus dem General-Wahlkommissar, der den Vorsitz führt und vom Staatspräsidenten auf Antrag des Ministerpräsidenten aus der Mitte dreier Kandidaten ernannt wird, die durch eine Versammlung der Präsidenten des Obersten Gerichtshofs aufgestellt werden, und 8 weiteren Mitgliedern zusammenstellt, die dem General-Wahlkommissar von den 8 stärksten Parteien des zurücktretenden Sejm vorgestellt werden.

2. Bezirks-Wahlauschüsse, die sich aus einem Richter als Vorsitzenden, der vom General-Wahlkommissar auf Antrag des betreffenden Vorsitzenden des Appellationsgerichts ernannt wird, und 5 weiteren Mitgliedern zusammensetzen, von denen 1 Mitglied vom betreffenden Wojewoden ernannt wird. Die übrigen 4 Mitglieder werden von Selbstverwaltungsorganen gewählt (Stadtverordnetenversammlungen, Kreisausschüsse).

3. Distrizts-Wahlauschüsse (für jeden Abstimmungsbzirk), die sich aus dem Vorsitzenden, der vom Bezirks-Wahlauschluß ernannt wird, und 4 weiteren Mitgliedern zusammensetzen, von denen ein Mitglied von der Verwaltungsbeförderer erster Instanz ernannt wird. Die übrigen drei werden von den betreffenden Gemeinderäten gewählt.

Die allgemeine Aufsicht über die Wahlfunktionen übt der General-Wahlkommissar aus. Bei den Bezirks-Wahlauschüssen werden als Aufsichtsbeamte vom Innenminister ernannte Wahlkommissare fungieren. Mitglieder aller Wahlauschüsse können nur Personen sein, die das aktive Wahlrecht besitzen und polnisch lesen und schreiben können. Kandidaten können nicht Mitglieder der Ausschüsse sein.

#### Die Kandidatenlisten.

Die Kandidatenlisten werden von mindestens 50 Wahlern zu Händen des Vorsitzenden des Bezirks-Wahlauschusses spätestens 30 Tage vor dem Wahltag eingereicht. Gleichzeitig muß in einer schriftlichen Erklärung der Bevollmächtigte der betreffenden Liste angegeben werden. Die Namen der Kandidaten müssen in den Listen mit laufenden Nummern versehen und nach dem Erstreit der Mandatsübernahme geordnet sein.

Die Staatslisten müssen schriftlich zu Händen des General-Wahlkommissars spätestens 40 Tage vor dem Wahltag eingereicht werden. Die eingereichten Listen müssen von mindestens 5 Abgeordneten (Senatoren) des zurücktretenden Sejm (Senats) oder von mindestens 1000 Wahlern aus zwei Wahlbezirken, zu mindestens 500 aus jedem Bezirk, unterschrieben sein. Die Zahl der Kandidaten auf der Staatsliste darf nicht 100 überschreiten.

Die Angliederung der Bezirkslisten an die Staatslisten erfolgt auf die Weise, daß jeder Bevollmächtigte der Bezirks-Kandidatenliste zu Händen des Vorsitzenden des Bezirks-Wahlauschusses eine schriftliche Erklärung einreichen kann, daß er seine Liste an die bezeichnete Staatsliste anschließen, falls die Listen in ihren Titeln übereinstimmen.

#### Die Abstimmung.

Die Abstimmung findet im Laufe eines Tages, und zwar von 9 Uhr früh bis 9 Uhr abends im Lokal des Distrizts-Wahlauschusses mit Hilfe von weißen Wahlzetteln statt, auf den der Wähler mit Worten oder Biftern die Nummer der von ihm gewählten Kandidatenliste schreibt, wonach er ihn in einen besonders abgestempelten weißen Umschlag legt, den er im Wahllokal erhält, und dem Vorsitzenden des Ausschusses übergibt, der dann den Umschlag nach Prüfung des Stempels in die Wahlurne wirft.

#### Die Verteilung der Mandate.

Die Abstimmungsergebnisse werden in den einzelnen Distrizts von den Distrizts-Wahlauschüssen festgestellt, indem sie die für die einzelnen Kandidatenlisten abgegebenen Stimmen zusammenzählen.

Ein im Distrizts-Wahlauschuss aufgenommenes eingehendes Protokoll über die Stimmenzählung wird unverzüglich an den betreffenden Bezirks-Wahlauschluß geschickt, der spätestens am dritten Tag nach der Abstimmung zu einer Sitzung zusammenkommt, um das Abstimmungsergebnis im Bezirk festzustellen, indem er die in allen Distrizts für die einzelnen Kandidatenlisten abgegebenen Stimmen zusammenzählt, wonach er die Verteilung der Mandate nach dem Hondt-System vornimmt. Im Folgenden soll ein Beispiel angeführt werden:

Nehmen wir an, daß in einem Bezirk, für den 6 Mandate festgesetzt worden sind, 4 Kandidatenlisten eingereicht worden sind, die der Reihe nach die Nummer 1, 2, 3, 4 tragen. Nehmen wir weiter an, daß auf die Liste Nr. 1 im ganzen Bezirk 89 448 gültige Stimmen abgegeben worden sind, auf die Liste Nr. 2 — 62 700, auf die Liste Nr. 3 — 38 640 und auf die Liste Nr. 4 — 18 720. Man schreibt nun diese Zahlen in einer Reihe hin und teilt sie dann durch 1, 2, 3 usw., etwa so:

Nr. 1      Nr. 2      Nr. 3      Nr. 4  
89 448      62 700      38 640      18 720

Dann schreibt man die sechs (sowie Mandate werden verteilt) höchsten Quotienten auf, also: 89 448, 62 700, 44 724, 38 640, 31 350 und 29 816. Der 1., 3. und 6. Quotient sind der 1. Rubrik entnommen; auf die Liste Nr. 1 kommen also 3 Mandate, und zwar die ersten drei der Kandidaten. Der 2. und 5. Quotient sind

der 2. Rubrik entnommen; also kommen auf die 2. Liste 2 Mandate. Der 4. Quotient ist der 3. Rubrik entnommen; der 3. Liste fällt also nur ein Mandat zu. Die Liste Nr. 4 geht raus. Stimmen gefallen ist, die unwiederbringlich verfallen. Im Sinne mancher Projekte, die von den kleinen Parteien im Sejm, wie z. B. auch von den Deutschen begünstigt wurden, sollten eben diese Kandidaten aus dem ganzen Gebiet des Staates auf die Staatslisten vereinigt werden, aber das letztere Konzept ist nicht durchgedrungen.

Dagegen sieht die Wahlordnung vor, daß die Verteilung der 72 Mandate aus den Staatslisten, aus denen nur diejenigen Gruppen oder Parteien Nutzen ziehen können, die bei den Bezirkswahlen mindestens in 6 Wahlbezirken ihre Kandidaten durchgebracht haben, auf diese Weise vorgenommen wird, daß die Anzahl der in den Bezirken von den einzelnen Gruppen oder Parteien erlangten Mandate zusammengezählt wird und die 72 festgesetzten Staatsmandate gemäß der Summe der für die einzelnen Listen in allen Bezirken errechneten Mandate wiederum nach dem Hondt-System verteilt werden.

Angenommen, 5 Parteien hätten in mindestens 6 Wahlbezirken ihre Kandidaten durchgebracht: Die Partei A hat 120 Mandate, B 90, C 60, D 30 und E 18. Die Verteilung der 72 Mandate wird also wie oben durchgeführt:

Geteilt durch	Quotienten				
	120	90	60	30	18
1	120	90	60	30	18
2	60	45	30	15	9
3	40	30	20	10	6
4	30	23	15	8	5
5	24	18	12	6	4

So wird weiter geteilt durch 6, 7, 8, 9 usw., bis die 72 Höchst-Quotienten (in unserem Falle muss bis zur Ziffer 35 dividiert werden, so daß 35 Querreihen entstehen) vorhanden sind. Dann nimmt man die höchsten Quotienten heraus und verteilt die Mandate unter die einzelnen Staatslisten nach der Reihenfolge der Namen, abhängig von der Zahl der höchsten Quotienten, die auf die Rubrik der einzelnen Listen entfallen.

#### Prüfung der Gültigkeit der Wahlen.

Über die Gültigkeit von Wahlen, gegen die Protest eingereicht wird oder die vom Sejm angezeigelt werden, entscheidet der Oberste Gerichtshof in Stärke von 3 Richtern in einer öffentlichen Sitzung.

Die Wahlordnung für den Senat bringen wir wegen Raumangangs erst morgen.

### Internationalisierung der Memel?

Die litauische Regierung erhält, wie das "Memeler Dampfschiff" meldet, von der Entente die Mitteilung, daß die Anerkennung Litauens de jure durch die Entente unbedingt verknüpft ist mit der Internationalisierung des Memelstromes. Damit wird ein Problem auferlegt, das von großer Wichtigkeit für die memelländische, wie auch für die ostpreußische Wirtschaft ist. Bis jetzt hat Litauen, um einen Druck auf Polen (wie auch vor allem auf das Memelland) auszuüben, jeden Verkehr zwischen dem oberen Flumen und dem unteren Lauf der Memel verhindert und dadurch die Ausfuhr des Holzes aus dem weißruthenischen Teile Polens und Russlands unmöglich gemacht. Vor einigen Monaten kam es deswegen sogar zu einer unfreundlichen Auseinandersetzung zwischen Sowjetrussland und Litauen. Litauen gab jedoch nicht nach und

Am Mittwoch, d. 2. August, nachm. 5 Uhr, verschied nach kurzem Leiden unser treuherzige Vater, Schwiegervater, Großvater, Schwaiger und Onkel  
**Hermann Elias**  
 im 69. Lebensjahr.  
**Die trauernden Hinterbliebenen.**  
 Die Beerdigung findet am Sonntag, d. 6. August nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des jüdischen Friedhofes aus statt.

### Danksagung.

Allen denen, die bei dem Heimgange unserer lieben Entschlafenen so herzlichen Anteil genommen, besonders aber Herrn Pastor Benade für die trostreichen Worte, sowie Freunden und Nachbarn für ihre Liebesdienste und die vielen Kranspenden sagen wir auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank.

In tiefer Trauer

Familie Weizkops.

### Privat-Handelsschule Neue Kurse.

[8267]  
 Buchführung, Rechnen, Handelskorrespondenz, Stenographie, Maschinenschreiben, Handelsbetriebslehre, Wechsel- und Scheidelehre, Nationalökonomie, Wirtschaftsgeographie, Deutsch, Polnisch, Esperanto usw.  
 Sprechzeit des Schulleiters, Poznań, ul. sw. Wojciech 29, von 2-3 und ausnahmsweise von 7-8 Uhr.  
 Schulhaus im Zentrum der Stadt. — —

Die beiden am 4. und 25. Oktober 1921 stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlungen haben beide Male einstimmig beschlossen, die Genossenschaft aufzulösen.  
 Alle Gläubiger der Verbandsbank werden erachtet, ihre Unprüche bis zum 1. September d. Js. bei der Bank, ul. Szwedzka Mielżyńska 23, anzumelden. [8388]

Poznań, den 28. Juli 1922.  
 Verbandsbank, S. z. o. o., in Liquidation.

Borowicz. Weich.

### Villa

8 Zimmer, viel Nebengeläg., großer Hof, Garten und Stallungen, sowie 1 Morgen Land, fortzugshalber zu verkaufen. [8267]  
 Offerten u. g. a.  
 8374 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

### Kleine Landwirtschaft,

mit und auch ohne Inventar, Gebäude massiv, sofort zu verkaufen. [8377]

Theodor Alff, Gembice, powiat Gartow.

Wein in Wolsztyn gelegenes

(8388)

### Bäckereigrundstück,

1908 erbaut, bin ich willens sofort zu verkaufen. Gefl. off. an Robert Trebbin, Bäckermeister, Wolsztyn, Bahnhofstraße 3.

### Komplettes Baugeschäfts-Inventar,

gebraucht, gut erhalten, aus regul. Maurer-, Zimmerer- u. Bautischlereibetrieb, wie: Werkzeuge, Bauschrauben, Rammen, Aufzüge, Rüstzeug und Geräte, Hobelbänke und Tischlerwerkzeuge, Last- und Handwagen, Heizripenrohrleitung, trock. eich. u. klef. Bohlen- und Brettermaterial p. p. sofort an entschlossene Kestekanten verkäuflich. [8345]

H. Wachsmuth, Kościan.

### Torsstechmaschinen und Torspressen

in bestbewährter Konstruktion u. solider, kräftiger Ausführung empfiehlt [8372]

Maschinenfabrik F. Eberhardt, Bydgoszcz.

### Große Hirschfasspresse,

sehr gut erhalten, hat billig abzugeben [8335]

Lengowski, Poznań, ul. Przemysłowa 23.

Teerprodukte: Steinohleneerde, Klebeerde, Teerfarbe, lösungshart und weich, Karbolneuern usw. beziehen Sie prompt und billig bei:

Carl E. Rühn, Danzig. Weidengasse 59. Telephon Nr. 6837.

## Aufhebung der Ausfuhrsperrre nach Polen.

### Regelmäßiger Eilsammelverkehr

[8384]

Berlin:

### „Ueberland“ Brill & Tuch

Internationale Spedition

Sachs & Winterstein, Berlin W 9

Potsdamer Straße 125. Telephon

Kurfürstendamm 360. Tel.-Adr.: „Verospedit“.

Poznań:

### Brill & Tuch

Internationale Spedition

Verzollung und Lagerung

Wielkie Garbary 25.

Tel. 31-66. Telegr.-Adr.: „Brilltuch“.

Anderthalbjährige erstklassige

### „Merino-Precoce“ - Böcke

empfiehlt anerkannte

### Schäferei Galowo, Eigentum des Grafen Michał Mycielski.

Bestellungen nimmt die Gutsverwaltung Galowo, p. Szamotuły (Samter) an.

[8385]

Verkaufe, da keine Verwendung.

### Deutsche Kurzhaar-Rüden,

Dunkelschimmel mit br. Kopf, im 2. Zelde, Großmutter bekannte Senta-Altenau; steht bombenfest vor, flotter Appellier, sicher zu Lande und Wasser, ohne jegliche Untugend, guter Begleiter, gegen Meißgetrot. [8382]

Ristow, Chelmno bei Pniewy.

### Landaufenthalt

in waldreicher Gegend.

Badegelegenheit im See.

Personen, die Erholung auf dem Lande suchen, finden jederzeit Aufnahme bei guter Verpflegung in Großost, Post und Eisenbahnstation Włoszalowice. [8385]

Hoffmann, Alte Wassermühle

### Jagdhund entlaufen,

braun, grauweiß gefleckt, hört auf „Lord“ oder „Hunde“. Am rechten Ohr ein Stück ausgebissen. Gegen hohe Belohnung abzugeben oder melden im Hotel Bristol, Poznań.

[8371]

### Tausche

meine in Poznań, in besserer Geschäftslage geleg. 4-7 Zimm.-Wohnung u. Konioräume, gegen gleiche in Berlin. W. Gesl. Off. u. 8381 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

### Stellenangebote

Suche zum baldigen Antritt für größere Genossenschaftsbrennerei u. Trocknerei

jung. Gehilfen oder Lehrling.

Off. unter a. s. 8383 an die Geschäftsst. d. Blattes erb.

Weltreise Dame,

für einfach, kinderlos, Haushaltsgesellschaft gesucht. Off. unter

8370 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Gesucht:  
 2 perselte Journalbuchhalter,  
 2 Kontolorenbuchhalter,  
 2 Betriebsbuchhalter.

Gefl. Angebote unter Beifügung von Beugnisabschriften und Lebenslauf an die

Fürstlich Plessische Bergwerksdirektion, Kattowitz D. Schles.

### Zücht., erfahrener Führer

für stationären 100 PS. Dieselmotor bei hohem Bohn und Deputat zum baldigen Antritt aufs Land gesucht. Ausführliche Bewerbungen unter „Motorschüler 8354“ a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

### Hauslehrer(in)

zu zwei Kindern von 11 u. 13 Jahren gesucht. Bewerbungen an Gutsbesitzer Nolting, Lubowo, pow. Gniezno.

### Züchtige Stenotypistin

per sofort gesucht.

### Huggerbrauerei, Tow. Ake.

Suche zum 15. August oder später selbständige, nicht zu junge

[8383]

### Wirtin

für einen sehr großen Haushalt, absolut firm in ihrem Fach. Reichliches Hilfspersonal vorhanden. Zeugnisabschriften, Bild und Gehaltsansprüche sind einzusenden an

Frau Ilse Büttner, Rittergut Schönsee

(Gefört-Kostomlitz), Post Niezychow, Kr. Węgorz.

Zum baldigen Antritt suche ich ein

kräftiges, braves, ev. Mädchen,

welches meilen kann und häusliche Arbeiten versteht. Gute

Behandlung. Angebote nebst Bild und Lohnforderung sind an die Föderverei Bielsto, posta Miak, pow. Czarnów zu richten.

Photogr. Atelier  
 „beim Schloss“  
 (S. w. Marein 87).  
 Moderne Porträts  
 für Legitimationen.  
 Auf eilige Photographien kann gewartet werden.

### Hausschneiderin

empfiehlt sich für elegante Nachmittag- und Abendkleider; auch Mäntel und Capes. Off. u. B. J. 8367 an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

S. Dame, in landw. Betriebe tätig, wünscht netten älteren Herrn kennen zu lernen, zw. spät. Heirat. Off. u. 8378 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Wer würde gegen Vergütung in den Nachmittagsstunden Schreibmaschine zum Leben. Verfüigung stellen? Gefl. Off. u. 8375 n. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

### Geldschrant

einfürig, mit Stahlpanzer zu verkaufen. (Fa. Bernstein, Berlin). Off. u. 8383 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Eine schöne, genau stimmende

### Gitarre

mit weichem, vollem Ton, preiswert zu verkaufen. Off. u. 8375 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Gut. Kinderbett

(Eisengitter) zu verkaufen.

Loewenthal, ul. Chelmoński 8 III. (Helmholtzstr.)

Nähmaschine

(Singer)

wenig gebra. zu verkaufen.

Angebot unter 8387 an die Geschäftsst. d. Blattes erb.

Jagdhund entlaufen.

Am 26. 7. entließ in Poznań ein braun und grauweiß geblümter Jagdhund. Hat kurzen Schwanz, rechtes Ohr ein Stück ausgebissen. Auf dem Rücken rauhes Haar, von einer Wunde führend; schlank Figur. Name Lord, hört auch auf Hunde. Gegen hohe Belohnung und Erstattung der Kosten zu melden im „Café Bristol“, Poznań, od. Ernstmeier, Winiary III bei Gniezno. [8370]

Kaufen stets zu den höchsten Preisen sämtliche gefl. Garderobe, Wäsche, Schuhe, Bücher usw.

Komme auch nach außerhalb.

W. Schmidt,

ulica Zamkowa 4, am Stary Rynek. (272)

Kirchennotizen.

Kreuzkirche. Sonntag 10: Gd. Greulich. — 11:

Kindergr. Ders.

Kreisung. Sonntag 3: Gd. Greulich.

St. Petrikirche. (Evangel. Unitätsgemeinde.) Sonnabend, 6: Wochenschlußgottesdienst. Schneider.

Sonntag, 10: Gd. Ders.

— 11½: Kindergottesdienst. Ders.

St. Paulikirche. Sonntag, 10: Gd. Stuhmann.

— 11½: B. u. A. Ders.

Mittwoch, 8: Bibelfest. Ders.

St. Lukaskirche. Sonntag, 10: Predigt. Bischler.

— 12: Kindergr. Ders.

Christuskirche. Sonntag, 10: Gd. — 11½: Kinder-

gottesdienst. — Dienstag, 4½: Monatsversammlung d. Frauenhilfe. — Mittwoch, 6: Bibelfestunde. Ders.

Saffenheim. Sonntag, 10: Gd. Brummel.

Gr. Verein junger Männer.

Sonntag, 8: Brummel.

Ein Städter Posener Schweiz.

Montag, 8: Bläser.

— Mittwoch, 7: Bibelfestunde.

— 8: Befreiungstagabend.

Donnerstag, 8: Bläser.

Sonnabend, 5

## Ein Brief Walter Rathenau.

Im „Berliner Lokalanz.“ finden wir in einem Artikel des Arztes Dr. Walter Kröner, den eine geistige Freundschaft mit Rathenau verband, folgenden vom 15. Februar 1920 datierten Brief Rathenau's, der in seine ideale Denkweise einen diesen Einblick gestaltet:

Mein lieber und verehrter Herr Kröner!

Ihren Ruf habe ich mit wachem Ohr vernommen und von neuem in der Stille durchdacht, was ich in allen diesen Nächten durchdacht habe und durchdenke.

Glauben Sie nicht, daß ich an Deutschland verzweifle. Ich verzweifele nicht an Deutschland, und ich bin nicht müde und nicht resigniert.

Deutschlands Stunde ist aber noch nicht da. Wenn ich ab und zu schreibe — um Clio, der alten Jungfer willtue ich nichts —, so ist es, weil ich muß. Ich muß versuchen, ob wir noch den Weg der Dämmerung schreiten können. Wenn ich schreibe, so glaube ich: wir können. Wenn ich geschrieben habe, so weiß ich: nein! Den Weg des Dunkels.

Der Weg des Dunkels ist der Weg der Weihe und des Mysteriums, der Weg von Eleusis, vielleicht von Golgatha. Doch er führt zum Licht: To en Eleusin phos (Das Licht in Eleusis, der Stätte der altathenischen Mysterien).

Glauben Sie nicht, daß diese dunklen Worte mit dem Ernst der Zeit spielen. Ich weiß, was ich sage, und rede nicht, um zu philosophieren.

An dem Widerlang jeden Glockenschlags erkenne ich: es ist noch nicht Zeit. Dennoch — oder deswegen? — muß ich immer wieder an die Glocke schlagen.

Es ist noch nicht Zeit. Ich will Ihnen das nicht aus dem Alltag beweisen, aus dem läßt sich alles beweisen. Aber wenn Sie wirklich manchem meiner Worte glauben, so glauben Sie dem: es ist noch nicht Zeit.

Bei allem, was ich tat und schrieb, bin ich einer Stimme gefolgt. Was ich tat, wenn sie schwieg, war stets verfehlt, und ich habe es vernichtet.

Wenn ich gerufen werde und fühle, daß es der Ruf ist, so werde ich mich aufmachen und dem folgen, der bestimmt sein wird, uns zu führen. Ich weiß aber nicht, ob ich den Ruf erlebe.

Möge es sein, daß Sie ihn erleben. Was Sie heute für den Weg halten — Scharung um den Gedanken des Idealismus — das ist nicht der Weg. Es müssen große Hemmungen brechen, bevor der Weg frei wird. Auch ich sehe ihn heute noch nicht deutlich, aber ich fühle ihn. Heute kann ich nur den Dämmernungsweg der Reformen zeigen, das tut ich pflichtgemäß, denn ich habe nicht Schrift zu spielen. Auch im Kriege müßte ich den Dämmernweg der Rüstung zeigen, halb wider Willen, heute weiß ich, warum.

Verzehren Sie sich nicht. Es gibt ein herrliches Lied von Eichendorff, das heißtt Zuvielheit. Es beginnt: „Dämmerung will die Flügel spreiten“ und endet mit den Worten:

Was heut' müde gehet unter,

Hebt sich morgen neugeboren,

Manches bleibt in Nacht verloren —

Hüte dich, bleib wach und mutter!

Sie haben die Antwort erwartet eines, der sich rüstet, und bekommen den Brief eines Träumers.

Lassen Sie uns beide arbeiten und warten auf die Stimme und auf den Menschen.

Ihr Rathenau.

## Die Stundung der polnischen Hypothesen.

Von Dr. M. Lesser.

Aus dem weiten Gebiet der Fragen betr. die Hypothesen in den polnisch gewordenen Landesteilen Preußens hat das „Schulgeseck für die durch die Abtretung der ehemals preußischen Teilegebiete Polens betroffenen Schuldner vom 27. Juli 1922 einen kleinen Abschnitt in der heutigen Leiden so häufig notwendigen vorläufigen Art geregelt. Wie schon der Name des Gesetzes ergibt, handelt es sich lediglich um ein Schulgeseck für die Schuldner. Trotz der Schuldner jeder Art betreffenden Fassung des Gesetzes soll tatsächlich besonders den Härten vorgebeugt werden, die sich im Einzelfall daraus ergeben können, daß (wie die Rechtsprechung nunmehr in großer Übereinstimmung annimmt) die nach Deutschland ausgewanderten, früher in den an Polen abgetretenen Teilen wohnhaften Hauseigentümer gezwungen sind, die Hypothesen in deutscher Währung zurückzuzahlen, mögen sie auch selbst durch die erzwungene Auswanderung aufs schwerste geschädigt sein. Derartige Schuldner können auf Grund des erwähnten Gesetzes verlangen, daß ihnen eine Zahlungsfrist von längstens einem Jahr bewilligt, oder die Zwangsvollstreckung in ihr Vermögen für längstens ein Jahr eingestellt wird, und daß ferner Folgen, die aus der nicht rechtzeitigen Zahlung bereits eingetreten sind oder noch eintreten können (z. B. Fälligkeit des Kapitals wegen Nichtzahlung von Zinsen und dergl.), als nicht eingetreten gelten.

Voraussetzung ist, daß die Forderung bereits vor dem 1. März 1920 entstanden ist, und daß ferner dem Schuldner deswegen ihre Erfüllung nicht oder nur unter verhältnismäßig hohen Nachteilen möglich ist oder möglich gewesen ist, weil er infolge der Abtretung des Landes an Polen, insbesondere vor Maßnahmen der polnischen Gesetzgebung oder Verwaltung, in seinem in diesem Gebiete befindlichen Vermögen Einbuße erlitten hat oder an der Verfügung über dieses Vermögen oder an dessen sachgenähe Verwertung gehindert ist oder gehindert gewesen ist. Man wird hier wohl in erster Reihe an die Fälle denken, in denen ein Schuldner einen Teil seines Vermögens eingebüßt hat, weil seine eigenen Schaden ihm nur in polnischer Valuta zurückgezahlt haben oder weil ihm bei der Auswanderung 50 Prozent seines Vermögens von der polnischen Behörde zurückgehalten worden sind.

Immerhin sind aber bei der Entscheidung vom Gericht auch die Interessen des Gläubigers zu berücksichtigen. Es wird häufig vorkommen, daß auch dieser Gläubiger ein aus dem abgetretenen Teile vertriebener Deutscher ist, der vielleicht in ähnlicher Weise wie der Schuldner Schaden erlitten hat. Unter solchen Umständen wird das Gericht vielleicht nur zu einer teilweise Stundung gelangen. Die Stundung darf übrigens nicht deswegen abgelehnt werden, weil anzunehmen ist, daß der Schuldner nach Ablauf der Frist zur Befriedigung des Gläubigers außerstande sein wird. Letzteres könnte z. B. dann nahelegen, wenn es sich bei dem Schuldner infolge von Alter oder Krankheit um eine Persön-

lichkeit handelt, von der nicht anzunehmen ist, daß sich ihre Vermögensverhältnisse noch verbessern werden. Die Einstellung der Zwangsvollstreckung kann auch mehrfach erfolgen und ist auch zulässig, wenn eine Zahlungsfrist bereits bestimmt ist.

Es kann also schon auf Grund dieses Gesetzes das Ergebnis herauskommen, daß dem Schuldner, und zwar auch einem solchen, bei dem eine Besserung der Verhältnisse nicht mehr in Frage kommt, immer wieder vom Gericht ein Zahlungsaufschub bewilligt wird, so daß es wohl nicht ausbleiben wird, daß in manchen Fällen der Aufschub bis zum Tode des Schuldners erfolgt und die Erben dann die Erbschaft ausschlagen. Das Interesse des Gläubigers wird durch die Bestimmung gewahrt, daß die Einstellung der Zwangsvollstreckung vom Gericht wieder aufgehoben werden kann, wenn sie infolge nachträglicher wesentlicher Veränderung der Umstände dem Gläubiger einen unverhältnismäßig hohen Nachteil bringen würde, insbesondere wenn die spätere Befriedigung durch andere Zwangsvollstreckungen erheblich gefährdet wird, ferner auch dann, wenn sich die Lage des Schuldners erheblich verbessert hat.

Das findet die Grundzüge des neuen Gesetzes. Es hat zeitlich eine unbeschränkte Gültigkeitsdauer; der Reichsjustizminister bestimmt mit Zustimmung des Reichsrats, wann es außer Kraft tritt. Es ist zweifellos ein Potpourri, das aus einem sehr schwer zu regelnden Gebiete eine der dringendsten Fragen herausgreift und vorläufig regelt, von dem aber wohl gerade wegen der Dringlichkeit dieser einzelnen Frage in der Praxis ein ziemlich erheblicher Gebrauch gemacht werden wird. (Berl. Tagebl.)

## Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, den 4. August.

### Der Landarbeiterstreik ein Verbrechen an der Allgemeinheit.

Weihbischof Lukomski wendet sich angesichts des Landarbeiterstreiks in der polnischen Presse mit folgenden zutreffenden, beherzigenswerten Ausführungen an die Ausständigen:

Liebe Arbeiter! Es ist zu mir die Nachricht gelangt, daß auf Euch, da es zwischen dem landwirtschaftlichen Berufsverband und Euren Arbeitgebern noch nicht zu einer Verständigung gekommen ist, ein Druck ausgeübt wird, allgemein die Arbeit niedergulegen. Ich spreche Euch das Recht sich um Verbesserung der Existenz zu bemühen, nicht ab, wenn Eure Löhne wirklich ungerecht sind, magst Euch aber auf die schwere Lage aufmerksam, in der sich die Einbringung der diesjährigen Ernte infolge des schlechten Wetters befindet. Die Niedriglegung der Arbeit führt eine vielleicht noch schlimmere Katastrophe herbei als im Vorjahr. Bedeutet, wie viel noch ärmer Leute, als Ihr es seid, infolge des Teuerung ums Brot kämpfen müssen, wie viel Bau- und Fabrikarbeiter und Handwerker in den Städten vor Hunger fast gestorben sind infolge des Mangels an Getreide und Kartoffeln. Wie schwer wird die Lage der ganzen Bevölkerung, wenn der Landarbeiterstreik durch Euer Verschulden die Ernte der Landwirtschaftlichen Produkte bereitstellt. Stellt Euch vor, daß es sich hierbei nicht nur ums Geld und um Euch selbst handelt, wie Euch diejenigen sagen, die Euch zum Streik überreden, sondern daß es um noch weittragendere Dinge geht, nämlich um die Ernährung von Millionen von polnischen Bürgern, um die Bekämpfung der Teuerung und um die Aufrechterhaltung der Existenz unseres Vaterlandes. Gebt mehr der Stimme Eures Gewissens nach, das als Stimme Gottes Euch davor warnt, über Millionen Eurer Brüder Euch zu bringen.

Läßt uns täglich zum Himmel die herzliche Bitte richten: Unser täglich Brot gib uns heute. Unser himmlischer Vater hat uns in diesem Jahre erhört und uns Brot in genügender Menge gegeben. Welche Un dankbarkeit wäre es Gott gegenüber, welches Unrecht gegenüber den Brüdern, wenn durch Verübeln der Erntesammler dieses reichliche Brot zugrunde gehen sollte.

Posen, 2. August 1922. † Bischof Lukomski.

Wir haben schon mehrmals darauf hingewiesen, daß nach der andauernden Regenperiode, die bereits einen großen Teil der Ernte vernichtet und die Aussichten auf ausreichende Volksernährung zu nichts gemacht hat, der jetzige Ausstand ein Verbrechen an der Allgemeinheit bedeutet, nachdem gestern und heute der heiterste Himmel lacht. Gest die Gelegenheit, das, was zur Volksernährung noch gereitet werden kann, in den Scheunen zu bergen, ungenügt vorübergehen lassen, ist schon als Wahnsinnsalt anzusprechen. Der Grund, der von den gewissenlosen Helden für den Ausstand ins Treffen geführt wird, ist einfach lächerlich. Die Arbeitgeber haben durch ihre Unterwerfung unter den Schiedsspruch und die Billigung einer 50prozentigen Zulage zu den leichten Löhnen das weitestgehende Entgegenkommen bewiesen. Weitere Zugeständnisse zu machen, würde unsere wirtschaftliche Lage noch mehr auf den Kopf stellen und noch unerträglicher machen, als es ohnehin schon der Fall ist. Die landwirtschaftlichen Arbeiter befinden sich gegenüber der Stadtbevölkerung, der städtischen Arbeiterschaft, aber auch eines großen Teils der Beamtenchaft in einer geradezu beneidenswerten Lage. Durch die überreichlich bemessenen Deputate ist die Landarbeiterchaft im Vorteil gegenüber der Stadtbevölkerung, weil deren Durchschnittseinkommen für die Lebensmittel draufgeht, die den Landarbeitern als Deputat ohne weiteres zufallen. Recht interessant wird diese Frage in folgenden durchaus richtigen Ausführungen eines landwirtschaftlichen Arbeitgebers beleuchtet.

Anläßlich der bedrohlichen Aussichten, die der Landarbeiterstreik bietet, möchte ich anregen, ob es nicht möglich wäre, eine große Aktion der städtischen Arbeiter, Bauarbeiter und sonstigen Beamten gegen die übertriebenen und das Wirtschaftsleben, sowie die Privatbezirke geforderten Forderungen der Arbeiter zu inszenieren. Da die Landarbeiter des ehemals preußischen Teilegebietes bei geringerer Arbeitszeit und höchstens nur ebenso hohen Lebenskosten wie in Kongress- und Kleinpolen einen um 25 bis 40 Prozent höheren Lohn bekommen und durch die Form der Entlohnung günstiger dastehen, als in manchen Beamten, erscheint der Streik geradezu ungerechtfertigt, ein Verbrechen. Die Getreideernte ist derartig, daß der über Deputat und sonstige Verpflichtungen zu erzielende Überschuss gerade, stellenweise nicht einmal ausreichen wird, um die übrigen Naturlandeszählungen wie Kohle u. ä. zu bestreiten. Wo bleibt der künstliche Dünger als dann für das nächste Wirtschaftsjahr? Wo bleibt das Kapital zur Erhaltung, ganz zu schweigen von der Melioration, des Inventars? Der Roggenpreis muß dann eben Rekordsummen erreichen, von denen wir uns heute noch nicht träumen lassen. Und dies zu vermeiden, liegt am meisten im Interesse der Produzenten selbst sowie der städtischen Arbeiter und Beamten.

### Beisetzung des ermordeten Stadtrats Kazmierzak.

Zwei Momente waren es, die der gestrigen Totenseiter ihr Gepräge aufdrückten: die Rede des Stadtpräidenten Ratajski an der Bühne des Theaters, in unmittelbarer Nähe des Raumes, wo ihn der Meuchelmörder dahingestellt hatte und — die aufrichtige Teilnahme der in Scharen erschienenen städtischen Bevölkerung. Das war keine Lust an einem Schaugepränge, keine Befriedigung der Neugier, sondern das Bewußtsein, einem Manne die letzten Ehren zu erweisen.

der „in steter Maulwurfsarbeit“ in den Jahrzehnten seines stillen Wirkens einzigt und allein bestrebt war, dem Wohl der Stadt und ihrer Bevölkerung zu dienen. Schmucklos, knapp und klar war die Rede des Stadtpräidenten, sie war eine jener Reden, die nur das Notwendigste — die Verdienste des Verewigten um die Stadt — behandelte. Aber dem, der sich ganz und gar in den Wortlaut dieser Rede vertieft, war es klar, daß dieser Mann sich niemals solche Verdienste erworben hätte, wenn nicht hinter dem ihm nachgerührten Pflichtgefühl gestanden hätte — ein großes Herz... Als das große Publikum von der Bühne zurückgetreten war, da an dieser nur die nächsten Angehörigen und die Väter der Stadt zurückblieben, um die knappen, aber in ihrem Inhalt so wertvollen Sätze des Stadtpräidenten entgegenzunehmen, ging eine tiefe Erschütterung durch die Reihen der Versammelten. „O sterter Tod, Welch Fest geht auf in deiner ew'gen Halle!“ Diese Verse Shakespeares drängten sich mir unwillkürlich auf die Lippen, und die Richtigkeit aller irdischen Strebens wurde mir wie selten gerade in dieser Stunde statt. Aber ich soll keinen Lobgesang, sondern nur einen Bericht schreiben, soll schreiben, was geschah und wie es geschah... Wie wir uns auch streuen und wenden, der letzte Gang wird immer der gleiche bleiben. Ein Katafalk, Kränze ohne Zahl, eine Gattin, deren Mund nur das Eine schlucken konnte: „Mein Gott, o mein Gott!“ Und dann trug man ihn hinaus; die Stufen herunter, die er unzählige Male im Dienste seiner Tätigkeit beschritten hatte; Leichenwagen und Gefiole setzten sich in Bewegung, und in Begleitung einer ungeheuren Menschenmenge führte man den Dahingegangenen durch die Straßen der Stadt. Auf dem St. Adalbertsfriedhof in unmittelbarer Nähe des großen Kreuzfrieses sah man „was sterblich an ihm war“ in die Erde. Wenige Geistliche, aber die hervorragendsten unserer Stadt, sangen das „Ruhe in Frieden“ über seinem Grabe... Ein Mann ist dahingegangen, dem man aufrichtig das nachrühmen darf, was heute nur Wenigen zu teil wird, eisernes Pflichtgefühl „stete Maulwurfsarbeit“ ohne Begier nach Anerkennung dieser Arbeit. □

### Von den Wolgadutschen.

Sie lagen eine Zeitlang im Lager von Stralow. Dort nahm die Innere Mission sich ihrer an. Von weit und breit, aus Stadt und Land brachte Fürsorge Liebe und Treue ihrer deutschen Stammesbrüder dar, was ihnen zum Leben not war. Und dann ging ihre Fahrt weiter ins Lager bei Frankfurt a. O. oder noch weiter. Aber mehr haben wir bisher von ihnen nicht gehört. Und doch geht unsere Teilnahme hinter ihnen her. Was ist aus ihnen geworden? Wo sind sie untergekommen? Ein wenig läuft den Schleier die neueste Nummer des „Boten von Bethel“, jenes Blättchens, das von Zeit zu Zeit über die Vielesfelder Anstalten des Pastors v. Bodelschwingh berichtet. Das heißt es:

„Am 27. April d. J. kam eine Schar von Frauen und Kindern den Weg heraufgezogen, der von Bielefeld nach Bethel führt. Fremdartige Gestalten waren es, mit blauen Gesichtern und müden, verwundeten Augen. Pastor Kuhlo mit seinen Posaunenbläsern eröffnete den Zug und machte ihm Bahn durch die am Eingange von Bethel wartende Menschenmenge. Gleich hinter ihm marschierte wohlgemüt ein achtjähriger Junge; auf dem Kopf einen mächtigen schwarzen Männerhut, müllig und zerdrückt. Der kleine Mann darunter vom Hals bis zu den Knien eingehüllt in einen alten zerrißenen Schafspelz. Neben ihm ein kleines Mädchen in armelosem, bis zu den Füßen reichendem Kittel, den Kopf von einem weißen Tuch fast verhüllt. Dann eine Mutter mit dem Säugling auf dem Arm; den hatte sie, weil Kleidchen und Windel fehlten, in eine Decke eingewickelt. Dahinter größere Kinder, die Säcke oder Kisten schleppen oder jüngere Kinder an der Hand führen. Zwei Frauen zählte man, ein größeres Mädchen und 48 Kinder. Schwestern Frieda v. Bodelschwingh hat die Kinder aus dem Lager von Frankfurt geholt. Nun will jeder gern mithelfen. Dort schwang ein epileptischer Anstaltszögling den schweren Reisesack des Fremden auf die Schulter. Als er nach wenigen Schritten vor Aufregung und Freude im Krampfanfall zusammenbricht, löst ihn schnell ein anderer ab. Aus allen Fenstern winken und grüßen die Hände, und die Hörner läuten frohe Lieder erklingen. So war es schon richtig, was eins der größeren Mädchen seinem Vater im ersten Briefe aus Bethel erzählte: „Wir sind schöner empfangen als eine Braut.“

Aber freilich, neben den Freudenläufen fehlten auch die anderen Töne nicht. An der weitgeöffneten Tür des Brudershauses Nazareth empfingen die Hauseltern ihre neuen Pflegekinder und führten sie gleich in den Speisesaal. Die weißgedeckten Tische waren durch die Kranken der Gärtnerei schön geschmückt. Die „russischen“ Gäste machten immer größere Augen. Wie lange möchte es hier sein, daß sie nicht mehr an einem sauber gebedeten Tische in einem behaglichen Hause gesessen hatten! Nun hinnahmen sie an, was sie auch in den Dörfern an der Wolga gesungen: „So nimm denn meine Hände.“ — Den meisten von den Kindern sieht man es äußerlich nicht an, wie viel sie durchgemacht. Denn sie haben schon mehrere Wochen lang im Lager gut zu essen bekommen. Aber manche von den Kinderaugen sind doch wie ein tiefer, dunkler See, auf dessen Grunde das Grauen wohnt. Es sind einige darunter, denen nicht nur Vater und Mutter, sondern auch alle Geschwister ums Leben gekommen sind. In einem deutschen Dorfe sind allein vierhundert Leute ums Leben gekommen. Man holte, so erzählten die Kinder, den 74jährigen Großvater aus dem Hause heraus. Dann wurde er auf der Strohe totgeschossen, und sie gaben der Leiche einen Kusshand, daß sie im Graben fiel. Schließlich haben die Bölschewisten einfach ein Loch in das Eis der Wolga gemacht und 21 deutsche Geschwister miteinander ertränkt, indem man sie unter das Eis stieß. Wie viel haben die Kinder in diesem Jahre entbehrt! Vor allem jeden geordneten Schulunterricht. Nur geht ihr dringendster Wunsch dahin, das Geschwätz nachzuholen; und unsere Volksschule in Bielefeld hat augenscheinlich wohl keine lernbegierigeren Schüler als unsere Wolgakinder. Aber noch etwas Besonders haben sie aus der verlorenen Heimat mitgebracht: Man spürt es ihnen an, daß sie in der Furcht und Liebe Gottes aufgezogen sind. Versteckt unter alten, fast zu Lumpen gewordenen Kleidern fand man bei mehr als einem Kind ein Gesangbuch oder ein Heft mit biblischen Geschichten. Das hatten sie als werblose Schatz, manchmal fast als einzige Habe durch die Mühseligkeiten und Gefahren ihrer schrecklichen Wanderschaft gerettet. Und mit welchen Gedanken die Eltern, soweit sie noch am Leben sind, die Kinder der Anstalt Bielefeld antrauteten, das zeigen die Briefe, die inzwischen aus dem Lager bei Frankfurt gekommen sind. Da steht es in einem solchen Briefe: „Abzugeben an Euren Schulhauptmann, dem Herrn Pastor zum Anfang meines Briefes empfängt die herzlichen Grüße von mir, welches geschehe im Namen des Herrn. Amen. Weiter mache ich Euch bekannt, daß wir so freundliche Nachricht bekommen haben von unsrern Kindern. Der Mann, der sie begleitet hat, erzählte, wie alles zugegangen ist. Da hat alles geweint, was zuhörte, und die Herzen haben gebüßt vor Freude, und wir können nicht genug dafür danken, weil Sie unsere Kinder so freundlich empfangen haben. — Lieber Schulhauptmann! Mit meiner schwachgelehrten Sprache und Schulgenossenheit (d. h. wenig genossenen Schulunterricht) kann ich Euch nicht meine Gedanken klar ausdrücken, welches Euch zur großen Ehre dienen sollte. Grüßt alle deutschen Mitläufer und Brüder! Dann bitte ich noch, unsere Kinder in Zucht und christlicher Lehre zu halten. Wenn sie ungeboren sind, haben Sie die Rechte, sie abzufügen. Zu aller Freundschaft, die Sie mit ihnen haben, lasst keine Nuordnung bei ihnen ein! Zum Schlus grüßt mich noch viel tausendmal alle, die sich über uns erbarmen. Lasset wohl im Herrn. Amen. Lasset uns zu Euch kommen!“ Diese Bitte: „Lasset uns zu Euch kommen!“ lehrt in mehr als einem Briefe wieder. Da steht die Anstalt nun freilich

der großen Schwierigkeiten. Woher sollen wir Raum nehmen, um die Eltern und erwachsenen Geschwister unterzubringen?

So viel aus dem Berichte des "Posen von Pfeil". Nur müssen wir doch im Posener Lande, wohin die ersten Flüchtlingswogen, die Eltern sind noch im Frankfurter Lager. Seitdem sind weitere Flüchtlinge in Stralsund angelangt, und es wird wohl noch längere Zeit währen, bis die letzten sich bis dorthin durchgefunden haben. Im Posener Lande können sie nicht bleiben. Ihnen Brod und das Allernötigste von Kleidung zu geben, als sie in Stralsund angelangt, ist deutschen Männern und deutschen Frauen schöner Dienst gewesen und wird ihre Sache noch länger bleiben, wenn neue wieder anlaufen. Dürben jenseits der Grenze hilft ihnen brüderliche Liebe und deutsche Freude weiter.

#### Haussuchungen durch Zollbeamte.

Die Zolldirektion in Posen beschwert sich darüber, dass die Ortsvorsteher den Zollbeamten bei Durchführung von Hausreisen, die durch die Zollkommission angeordnet werden, die nötige Hilfe versagen. Demgemäß wird auf die Bestimmung des Vereinszollgesetzes vom 1. Juli 1889 aufmerksam gemacht.

Nach dieser Bestimmung können die Zollbeamten bei Anwesenheit eines Zollkontrolleurs oder eines anderen im selben Range stehenden Beamten unter Verstärkung der üblichen Formlichkeiten Durchsuchungen abhalten. Die notwendigen Formlichkeiten ergeben die §§ 102 bis 111 der Strafprozeßordnung. Nach § 103 sind zur Vornahme von Durchsuchungen, sofern Gefahr im Verzuge ist, außer den Beamten der Staatsanwaltschaft auch deren Hilfsbeamte befugt. Solche Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft sind auch die Zollbeamten. Nach § 105 der Strafprozeßordnung kann eine Haussuchung auch ohne Richter oder Staatsanwalt, Amtsamt mit Hilfe der Organe der Staatsanwaltschaft, also auch durch die Zollbeamten, vorgenommen werden bei Zugabe eines Gemeindebeamten oder zweier Gemeindemitgliedern. Wenn also ein Zollbeamter für zum Zwecke der Vornahme einer Durchsuchung an den Gemeindevorsteher um Hilfe wendet, sei es durch Teilnahme an der Durchsuchung in eigener Person, durch Entsendung eines Gemeindebeamten oder zweier Gemeindemitglieder, dann ist diesem Freuden unbedingt Folge zu leisten. Begegnung mit Entschuldigung für Zeitverlust ergehen nach besondere Bestimmungen.

#### Unhaltbare Zustände.

In der "Kam. Blg." finden wir folgende durchaus zutreffende, die Zustände gellend beleuchtende Ausführungen:

"Über Feld diebstahl wird zurzeit von den Landbesitzern wieder viel geklagt. Besonders schwer betroffen werden davon kleine Besitzer und Pächter von kleineren Parzellen, die von den Felddieben manchmal in einer Nacht um den Lohn ihrer Mühe und den erhofften Ertrag des Jahres gebracht werden. Nichts ist sicher vor diesem Diebstahl, das man bei einem Gang über die Felder nach Eintritt der Dunkelheit auf ihren Fahrten beobachten kann. Der Landwirt, der jetzt in der Hochaison der Getreideernte tagelang schwer arbeiten muss, ist nicht imstande, des Nachts noch auf der Bauer zu liegen, und so bleiben die Langfinger meist ungestört. Mit Hamsterfleisch werden Kartoffeln ausgebündelt, Käppiflizenzen abgeschnitten, selbst von dem in Puppen stehenden Getreide die Ähren abgeläbt und auf Schleißwegen nach Hause geschleppt. Kilometerweise Strecken werden auf diesen Diebstählen zurückgelegt, und es ist ein trauriges Zeichen der Zeit, dass gerade Kinder und halbwüchsige Personen ein ausgeschlossenes "Talente" zu solchen Kreiden gefunden. Die geringe Rettung vor dem persönlichen Privatgegenstand zeigt sich auch auf diesem Gebiete in erschreckendem Maße. Freilich ist die wirtschaftliche Lage so mancher Familien gegenwärtig beträchtlich schwer, dass sie mit Gewalt auf den Diebstahl getrieben werden. Aber wo soll es hinführen, wenn das verhängliche Eigentum des Kindes für vogelstiel erklart wird, rüttelfreie und verbrecherische Naturen ihren Instinkten freien Lauf lassen und zum Schaden der Allgemeinheit in ausgiebigstem Maße sich bereichern? Kann man es dem Bauern verargen, wenn er bartherzig wird und das Ahnenleben selbst den Armen und Bedürftigsten verbietet oder sie gar mit der Peitsche vor seinen Aktern jagt? Die einzige Rettung aus diesen unhaltbaren Zuständen liegt in der allgemeinen Pössession der wirtschaftlichen Verhältnisse. Aber in welchen Abgrund sehen wir! Auch nicht das geringste Anzeichen spricht dafür, dass die Teuerung nachlassen würde. Auf allen Gebieten Preiserhöhungen, Bohn- und Gehaltszulagen, die mit ersteren aber nicht im entferntesten Schritt halten, zu verhindern streng zu unterbinden entgegen, vor denen einem jeden grauen muss."

#### Ausstellung von Familienurkunden durch die Standesämter.

Die Ministerialabteilung des ehemaligen preußischen Bezirks in Posen hat die polnischen Standesämter angewiesen, den Anträgen von in Deutschland wohnenden Privatpersonen auf Anfertigung von Personenstandsurdokumenten unmittelbar stattzugeben. Diese Anträge an die polnischen Standesämter sind für Gebühren und Postporto mithilfe Einschreibebriefs 10 deutsche Reichsmark oder 150 polnische Mark für eine Urkunde beauftragt. Gejuchte, denen diese Gebühr nicht beiliigt, können infolge der hohen Postporto von den polnischen Standesämtern nicht erledigt werden. Postanweisungs- und Nachnahmeverschläge zwischen Deutschland und Polen besteht noch nicht. Anträge von deutschen Behörden und Untern auf Anfertigung von Personenstandsurdokumenten sind, wie bisher, an das deutsche Konsulat, Abteilung Urkunden, in Posen zu richten.

# Die Juli-Preissteigerung. Die Feststellungscommission hat die Preissteigerung im Monat Juli auf 18.21 v. d. im Verhältnis zum Monat Juni festgesetzt.

# Die Senatsserien des Appellationsverwaltungsgerichts in Posen dauern zwei Monate, also bis zum 15. September. Auf den Verlauf der durch Gesetz festgelegten Gerichtsperiode haben die Ferien keinen Einfluss. Während der Ferien wird der Senat nur die als dringlich anerkannten Angelegenheiten behandeln.

# Deutscher Naturwissenschaftlicher Verein für Großpolen zu Posen. Die botanisch-zoologische Arbeitsgemeinschaft unterrichtete Sonntag, den 6. August, einen Ausschlag nach der Bachina bei Grommelort und der Obersicht der Tiere. Die Bachina ist ein Sumpfgebäude mit bemerkenswerter Flora. Abfahrt nach Bartlow 9.05 vormittags. Rückfahrt von Stobnica oder Obersicht. Ankunft in Posen 11.22 abends. Verpflegung und Badezeug mitnehmen! Gäste sind willkommen.

# Der Kreisbauernverein Posen hält am nächsten Dienstag, mittags 12 Uhr, im Evangelischen Vereinshause seine nächste Sitzung ab. Auf der Tagesordnung stehen u. a. eine Aussprache über den Ausfall der Ernte, über die Lage des Düngemittelmarkts und ein Vortrag des Gartenbaudirektors Reissert über Obstverarbeitung und Weinbereitung.

# Die Reinlichkeit in den Bäderstuben. In Sachen der Reinlichkeit in den Bäderstuben erließ das Ministerium für Gesundheitswesen eine Verordnung, die u. a. das Mitbringen von Hunden, das Spucken auf den Fußböden u. m. verbietet. Die Bäderstuben sollen von besonderen Sanitätsabteilungen auf den Reinheitszustand hin geprüft werden. Zum Widerhandeln freue ich mich zur Verantwortung gezogen.

# Wirkung einer Einbruchsdiebstahl. Ja der Nachtag zum Donnerstag gesuchten Spätbüro dem Möbelgeschäft in der ul. Glogowska 107 (fr. Glogauer Str.), das seit etwa einem Jahre in dem Hermann Matthes'schen Laden eröffnet und vor einigen Monaten von Einbrechern heimgesucht worden ist, wieder einen Besuch abzuwarten. Sie müssen aber wohl in ihrem Vorhaben gefasst worden sein, denn Donnerstag fühlte sich man zwar die erste Welle von sorgigen Bürgern neu eingekerbte Schaufensterscheibe im Werte von

einer halben Million zertrümmert vor; gestohlen war jedoch nichts worden. Beim ersten Einbruch war gleichfalls die Schaufensterseite zerstört, außerdem aber mancherlei Ware gestohlen worden. Damals sind die Diebe bald ermittelt worden.

X Spurlos verschwunden ist seit Dienstag dieser Woche aus der elterlichen Wohnung in der ul. Glogowska 98 (fr. Glogauerstr.) der 16½jährige Czech W. J. S. E. S. Er ist mittelgroß, hager, blond; am großen Finger der rechten Hand ist ihm der Nagel gesplitt. Bekleidet war er mit einem dunkelblauen Jackettanzug, aschgrauem Hut, amerikanischer Form, weichem Kragen und schwarem Schal. Es wird gebeten, den Eltern des Verschwundenen von jeder Spur Nachricht zu geben.

X Gestenommen wurde heute früh in Posen der steckbrieflich verfolgte, 23jährige Elektrotechniker Felix P. a. Er war seinerzeit mit seinem Komplizen Johann Bierski in Ocia, fr. Ostrowo, seit dabei überrascht worden, als sie in die Kirche einen Einbruch verließen. Paket gelang es in Stalmierzke unter Zuhilfenahme seines Revolvers sich wieder freizumachen und zu entkommen, während sein Genosse im Untersuchungshaft weggeführt werden konnte.

X Entlaufen ist in der Nacht zum Mittwoch in dem benachbarten Dorfe Wronczausk. S. d. fr. Posen-West, dem Landwirt R. J. S. i. eine Fuchsstute mit weißer Blöße, 12 Jahre alt, deren rechte Hälfte etwas niedriger ist, als die linke, im Werte von 200.000 M.

X Wem gehört der Ring? In dem 9. Polizeikommissariat in der ul. Rakiecko 20 (fr. Prinzenstraße) befindet sich ein goldener Ring mit schwarzem Ovalstein, der einer Person in Solatsch abgenommen worden ist.

X Diebstähle. Aus einer offen stehenden Wohnung des Hauses ul. Szczecina 8 (fr. Schützenstraße) sind eine Nähmaschine und ein Oberbett im Werte von 200.000 M. gestohlen worden. — Am Donnerstag wurden durch Einbruch aus einem Zimmer des Küchen-Krankenhauses ein goldener Ring, ein Paar goldene Ohrringe, eine silberne Uhr und eine Brille im Gesamtwerte von 150.000 M., sowie 42.000 M. bares Geld gestohlen. — Gestern gegen 8 Uhr nachmittags wurden einem Drogeriehändler aus seiner Wohnung Wallstraße 49 54.000 M. polnisches und 147 M. deutsches Geld gestohlen.

X Gestohlen wurden gestern in Lamica dem Landwirt R. J. S. i. fünf Kalber aus dem Stalle.

## Im Posener Lande

hat von allen deutschen Zeitungen  
die größte Auflage

## Posener Tageblatt

(vereinigt mit „Posener Warte“)

**Insetrate finden daher durch das „Posener Tageblatt“ die größte Verbreitung und damit den besten Erfolg!**

sich. Kirchen-Popowo, 3. August. Eine gut besuchte Mitgliederversammlung hielt am Sonntag der deutsche Bauernverein unter Vorsitz des Herrn Richter ab. Buntkästl erörterte Beijer Schmelletamp-Sendeschau die wichtigsten Fragen über Böden und Bedeutung der Bodenbearbeitung. Nachdem der Vortragende zunächst die theoretischen Grundlagen der Bodenbearbeitung dargelegt hatte, wies er besonders auf die hohe Bedeutung des Stützens der Stoppelfelder zur Erziehung der Bodengare und zur Durchführung des Zwischenfruchtbauens hin. Darauf sprach R. e. u. m. a. n. - W. g. growig über wirtschaftliche und sonstige Tagesfragen. Die außerordentlich rege Beteiligung an der Aussprache bewies, dass die Anwesenden den Ausführungen der Redner nicht nur mit Interesse gefolgt waren, sondern dass in ihnen auch der feste Wille herrschte, die frühere Leistungsfähigkeit wieder zu erlangen.

\* Rawitsch, 2. August. Ein Genitier, das in solcher Schwere und langen Dauer schon seit Jahren nicht beobachtet worden ist, brach, wie die "Kam. Blg." schreibt, heute nach über unsere Gegend herein. Schon in den Abendstunden zeigten sich die ersten Vorzeichen in Gestalt von Bliterscheinungen, die am südlichen Horizont aufleuchteten, doch dakterie es noch mehrere Stunden, bis das Unwetter voll zur Entwicklung gelangte. Gegen 1 Uhr nachts nahm das Blitzleuchten zu, der Donner grölte, und es fiel der erste Guß, doch alles noch nicht in dem Umfang, den das Unwetter noch etwa einer halben Stunde erreichte. Es war ein schaurig-schönes Schauspiel: der ganze Himmel minutenlang in ein Flammennmeer verwandelt, dazu das ununterbrochene Rollen und Schmettern der Donnerschläge. Selbst gewitterstarke Naturen könnten ein Grauen packen vor der gigantischen Größe und Gewalt der Naturkräfte. Das Angstgefühl verstärkte sich noch, als da und dort am Horizont rote Lüfte aufstiegen, die von durch Blitzausfall erzeugten Bränden stammten. Wie wir hören, sind an mehreren Stellen in der Umgebung Brände ausgebrochen, die zweifellos den Betroffenen schweren Schaden verursacht haben. In Maslowo ist die Scheune des Landwirts Wanierke, gefüllt mit Getreivorräten, in Flammen aufgegangen. Außer den Maschinen konnte nichts gerettet werden. Gegen 3 Uhr früh wurde durch Sirenenruf auch unsere städtische Feuerwehr alarmiert; sie brauchte jedoch nicht mehr in Tätigkeit treten. Das ununterbrochene Krachen und Blitzen dauerte bis etwa 1/4 Uhr früh an, sodann trat endlich in den Wollentenregionen Verhüllung ein, ebenso bei allen, die durch das himmlische Feuerwerk keine nächtliche Ruhe finden konnten.

\* Thorn, 1. August. Auf Einladung des Ausschusses zur Gründung einer deutschen Bühne waren am Sonnabend abend eine stattliche Anzahl Herren und Damen im Löwenbräu zusammengekommen, um über die Gründung einer eigenen Thorner deutschen Bühne zu verhandeln. Nach begrüßenden Worten des Vorsitzenden des Ausschusses, Architekten Rosenau, erstattete Herr Seibert den Bericht über die bisherige Tätigkeit des Ausschusses, der im Anfang seines Bestehens mit großem Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, dem es aber dennoch gelungen sei, das Interesse des heimigen Publikums für eine eigene deutsche Bühne, wie ja die Nachbarstädte schon lange besitzen, zu erwecken. Nach einer längeren Aussprache wurde die Gründung eines Vereins "Deutsche Bühne e. V. in Thorn" beschlossen und anschließend die Satzung beraten. Sämtliche Anwesenden traten dem neugegründeten Verein sofort bei. In den Vorstand wurden nunmehr gewählt: Kaufmann Ernst Längner zum ersten Vorsitzenden, Oberlehrer Hellner zum zweiten Vorsitzenden, Kaufmann Pfleider zum Schriftführer und Kaufmann Grubmacher zum Schatzmeister.

#### Aus Kongresspolen und Galizien.

\* Pinsk, 3. August. Der bessige Staatsanwalt führte in Grzesie eine dreitägige Untersuchung gegen den dortigen Staatsanwalt. Dem Angeklagten wurde, wie die "Lodzer Freie Presse" schreibt, vorgeworfen, Besteckungsgegenstände ange nommen, sowie die Leute auf Grund seiner lokalen Macht in Lianzert zu haben. Er bediente sich dabei eines ganzen Agentenapparates, sowie einiger Vermittler. Die Hauptbeweise bestanden darin, dass er auf unrechtmäßigem Wege Wohnungen beschlagnahmt, um dann für die Freigabe Besteckungsgegenstände zu erhalten. Wenn ein Hausbesitzer einen Mietz verhältnisse wolle, so verständigte er sich mit dem Starosten und "zobte" eine

größere Summe. Darauf wurde das Volk für einen Beamten oder eine Militärperson beschlagnahmt. Diese Person bewohnte die Wohnung eine ganze Zeit und überließ sie dann dem Wirt. Auf diese Weise bekam der Hausbesitzer die Wohnung frei. Die Lokalzeitungen wiesen auf diese Betrügerei hin, aber vergebens. Endlich griff der Staatsanwalt ein. Zugleich mit dem Starosten wurde der Besitzer des Hotels "Polonia", Murawnik und die Händlerin Weinfeld verhaftet, welche die Hauptvermittler bei den Geschäften waren. Der Staatsanwalt erließ darauf an die Einwohner einen Aufruf, in dem er alle Personen, die Besteckungsgegenstände geben haben, sich zu melden aufforderte. Wenn sie sich selbst melden, so werden sie nicht bestraft. Hingegen die von den Behörden ermittelten Personen werden schwer bestraft werden.

\* Danzig, 2. August. Gestern nachmittag sank der polnische Schleppdampfer Adler, der polnischen Staats schiffahrt gehörig, mit ungefähr acht Tonnen Leinsaat beladen, an der Nordseite des Hafengebietes beim großen Kanal. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

#### Ins Österreich.

\* Marienburg, 1. August. Staatsanwaltshofrat A. n. o. h. s. Elbing teilte mit: Für die Ermittlung des Vaters, welcher Frau Dr. Reis in Marienburg, Unterstraße 17, in der Nacht zum 11. Juli 1922 erschossen hat, ist von dem Herrn Regierungspräsidenten eine Belohnung von 30.000 Mark ausgesetzt. Da diese Belohnung zu gering erscheint, habe ich die Erhöhung derselben auf 100.000 M. beantragt. Die Erhöhung auf 100.000 Mark steht bevor.

\* Elbing, 1. August. Eine Landfrau will in einem Uhrengeschäft eine Standuhr kaufen, die 7000 bis 8000 M. kosten soll. Was ihr zu teuer ist. Im Scherz äußert der Ladenbesitzer zu der Frau: "Geben Sie mir 450 M. in Gold, dann sollen Sie die Uhr haben." Plugs zieht die Frau ihren Geldbeutel und zählt 45 Groschenmarkstücke hin. Die Käuferin, die in Wirklichkeit 42.750 M. gezahlt hatte, glaubte sehr billig gekauft zu haben.

## Brieflasten der Schriftleitung.

(Auskünfte unserer Belegschaft gegen Einwendung des Bezugsschutzes innerhalb oder ohne Gewalt ertheilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Schriftstück mit Besitzmarke beilegt.)

D. G. 84. Ihre Frage gehört zu den streitigen deutsch-polnischen Angelegenheiten. Die polnischen Behörden haben die von deutscher Seite angefochtene Auffassung, dass die in einem Garnisonort außerhalb des ehemals preußischen Teilstaats abgeleitete Militärdienstzeit als Wechsel des Wohnorts anzusehen sei und mit hin eine Änderung der Staatsbürgerschaft im Gefolge habe. Sie werden abwarten müssen, wie sich der Volkerbund zu der Frage stellen wird. Wir verweisen Sie im übrigen auf den Leitartikel in Nr. 165. Das deutsch-polnische Abkommen über Oberhöfe und

D. G. Anfragen, denen der Bezugsschein des "Pos. Tagebl." nicht belegt, beantworten wir nicht.

J. G. in B. Ihre Auffassung über die Anzeigen teilen wir keineswegs. Willen Sie nicht vielmehr sich die Anzeigenkosten ersparen? Wir müssen Sie schon auf den Anzeigenanteil verzichten.

## Handel, Gewerbe und Verkehr.

### Kurse der Posener Börse.

	Offizielle Kurse:	2. August	3. August
4 Proz. Präm.-Staatsan. (Milj. nördl.)	175 + A	160 + A	160 + A
Anteile, Polotsk i. Sta.	320 + N	320-380 + N	190-195 + N
Bank Poznański	—	—	—
Bank Przemysłowa (erl. Kup.)	195-200 + A	200-195 + A	200-195 + A
Polsk. Bank Handlowy, Poznań	330 + N	340 + N	180 + N
Pozn. Bank Ziemiaka I.-IV. Em.	180 + A	180 + N	180 + N
Arcona	400 + N	—	—
R. Barciszowski	190 + N	190 +	190 +
G. Cegielski I.-VIII. Em.	280-320 + N	295-335 + N	—
Centrala Rolnicza I.-V. Em.	175 + A	—	—
G. Hartwig	—	190 +	190 +
Hartwig Rantowicz	600 + A	—	—
Hurtownia Bielszowska	—	130 +	—
Hurtownia Skór I.-II. Em.	—	240 +	—
Hersfeld-Bitterius	400 + A	400-390 + N	—
Zutto	360 +	360 +	—
Dr. Roman Maj	965-970 +	960-965 + A	—
Patria	—	470 + A	—
Sarmatia I.-II. Em.	—	460 + N	—
Szamra	—	350 + A	—
Tria	—	350 +	190 + A
Wenktl. I. Em			